

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile resp. deren Raum 1.— Mk.

Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Walter Janschet**, Bochum. Druck u. Verlag von **Hansmann & Co.**, Bochum, Wismelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Verbandsnachrichten.

Nachdem auf unserer Generalversammlung die Neuwahl der Verbandleitung erfolgt ist, setzt sich dieselbe aus folgenden Kameraden zusammen:

Vorstand.

- I. Vorsitzender Hermann Sackse,
- II. Vorsitzender Ludwig Schröder,
- Kassierer (Paul Horn,
- Albin Böhm,
- I. Schriftführer Friedrich Husemann,
- II. Schriftführer Friedrich Waldhecker.

Beisitzer (Beratungsausschuss).

- Adolph Fischer-Vaer,
- Friedrich Galt-Eberhausen,
- Friedrich Grotz-Darop,
- Hermann Jochmann-Mistaden,
- Friedrich Jungesblut-Gwing,
- Hermann Klare-Altenessen,
- Heinrich Schuepel-Gelsenkirchen.

Kontroll-Ausschuss.

- Wilhelm Müller-Mecklinghausen-Eid,
- Heinrich Wiesner-Margloh,
- Heinrich Hahelhorst-Bornholz,
- Heinrich Wunsbeck-Desepel,
- Hermann Vink-Dorfeld,
- August Ullmel-Fellhammer,
- Johann Pirch-Weisenberg,
- Christian Kauffsch-Oberjohndorf.

Der Kontrollauschuss hat sich bereits konstituiert und Kamerad **Wilhelm Müller-Mecklinghausen-Eid**, Deibstraße 63 zum Vorsitzenden gewählt.

Alle Beschwerden über den Vorstand usw. sind an diesen zu senden. Als Redakteur ist Kamerad **Otto Hue** wiedergewählt. Alle Sendungen an den Vorstand, die Redaktion und die Expedition adressieren man:

An den Verband deutscher Bergarbeiter, Bochum, Wismelhauserstraße 38-42. Die Zahlstellen, welche dem Zweigbureau in Zwickau angeschlossen sind, adressieren: An das Zweigbureau des Verbandes deutscher Bergarbeiter in Zwickau (Sachsen), Richardstraße 15.

Bei Geld- und Einschreibensendungen sind stets die persönlichen Adressen zu benutzen; die Zahlstellen, welche nach Bochum abliefern, senden alle Gelder an: **Paul Horn**, Bochum, Wismelhauserstr. 42; und die nach Zwickau abliefernden an: **Hermann Zimmermann**, Zwickau (Sachsen), Richardstr. 15.

Um eine möglichst schnelle Erledigung der Eingänge herbeizuführen, ist es notwendig, daß unsere Belegblätter, Ortsvertragsstücke u. s. w. bei Mitteilungen oder Bestellungen für den Vorstand, die Kasse, die Redaktion und Expedition stets jedes auf einen besonderen Bogen schreiben, damit auf dem Verbandsbureau die Verteilung an die einzelnen Ressorts schnell erfolgen kann. Bei Mitteilungen und Berichten für die Redaktion darf stets nur eine Seite des Papiers beschrieben werden. Dies muß streng beachtet werden.

Kameraden! Verbandsmitglieder! Unsere diesjährige Generalversammlung hat wichtige in das ganze Verbandsleben einschneidende Beschlüsse gefaßt und was noch besonders hervorzuheben zu werden verdient, die Beschlüsse sind fast durchweg mit überwältigender Majorität gefaßt worden. Fast gilt es für alle Verbandsmitglieder im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse (siehe dieselben an anderer Stelle der heutigen Nummer) zu wirken. Das neue Statut tritt am **1. Oktober d. J.** in Kraft, von diesem Zeitpunkte an wird der erhöhte Beitrag von 40 Pfg. pro Woche eintritt. Auf der anderen Seite treten aber mit demselben Tage die beschlossenen neuen bzw. erhöhten Unterstützungsätze in Kraft. Das neue Statut sieht außer der Erhöhung der Gehaltsregeln- und Arbeitslosenunterstützung, die Einführung einer Notunterstützung in Krankheitsfällen nach Ablauf von 14 Tagen Krankheitszeit vor. Die Mitglieder können hieraus ersehen, daß der Verband ab 1. Oktober d. J. von ihnen nicht nur die Zahlung eines höheren Beitrages verlangt, sondern mit demselben Augenblicke die Leistungen des Verbandes den Mitgliedern gegenüber bedeutend steigen. Auch wird es möglich sein, daß durch die Erhöhung der Beiträge dem Kampffonds bedeutend größere Summen zufließen wie bisher.

Von neuem muß jetzt die Vorbereitung für unseren Verband mit aller Macht einsetzen. Zur Unterstützung dieser Agitation wird in den nächsten Wochen ein Flugblatt in allen Bergbaubezirken zur Verteilung gelangen. Schon jetzt muß in den einzelnen Zahlstellen der Agitationsplan aufgestellt werden, damit das Flugblatt in jede Bergarbeiterwohnung getragen wird und neue Mitglieder dem Verbands zugeworben werden.

Die General-Versammlung hat auch noch beschlossen, daß die beiden Reserate der Kameraden Hue über „Unsere Taktik beim Streik im Ruhrrevier“ und Sackse über „Der Stand der Berggesetzgebung in Deutschland“ in Vordruckform zum Selbstkostenpreis herausgegeben werden sollen. Außerdem wird das Protokoll über die Verhandlungen unserer 16. General-Versammlung in einigen Wochen herausgegeben. Bestellungen können schon jetzt gemacht werden.

Nun nun Kameraden an die Agitations- und Organisationsarbeit. Vorwärts, tre jeder seine Pflicht und Schuldigkeit, desto eher erringen wir unser Ziel.

Mit Glück Auf!

Der Vorstand.

H. Sackse, Vorsitzender.

16. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Erster Tag.

Bochum, den 10. Juni.

Im großen Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses eröffnete heute vormittag 10 Uhr Kamerad **Sackse** die Generalversammlung des Verbandes mit einer begeisterten Ansprache. Die Generalversammlung war zusammen in demselben Saale, in dem vor einigen Wochen der bedeutungsvolle preussische Bergarbeitertag

seine Verhandlungen abhielt. In der Zwischenzeit hätten sich wichtige Vorkommnisse ereignet. Die Regierung habe ihr den Vergleuten während des Generalstreiks gegebenes Wort nicht gehalten. Im Landtage hätten Parteien, die sich oft und gern als arbeitervreundlich bezeichneten, schmählichen Verrat an den Vergleuten gelbt. (Stürmischer Beifall.) Nicht einmal die Mindestforderungen der Vergleuten seien bewilligt worden, die Beschlüsse des preussischen Bergarbeiterkongresses warfen die Landtagspartei unter den Tisch. Einig sind sich die Vergleuten in der Beurteilung dieses Vorgehens, auch die Kameraden im christlichen Gewerksverein lehnten das Gesetz ab, wie der „Vergleuten“ geschrieben. (Lebhafte Bravo!) Wir gehen schweren Kämpfen entgegen und müssen dafür notgedrungen rufen. Die Generalversammlung soll Beschlüsse fassen zur Stärkung des Verbandes, das ist ihre Hauptaufgabe. Helfen Sie alle eifrig mit an guten Werk. Ich begrüße alle Delegierten und die werren Gäste, speziell den Kameraden **Ebert** als Vertreter des österreichischen Bergarbeiterverbandes. (Lebhafte Beifall.)

Es wurden dann das Bureau und die Kommissionen gewählt. Gewählt wurden die Kameraden **Sackse** und **Schröder** als Vorsitzende, **Müller-Kamen**, **Leimpeters-Bochum**, **Stiefel-Weisenberg** und **Gärtner-Zenstenberg** als Schriftführer. In die Mandatprüfungskommission wurden gewählt die Kameraden **Dölle-Beiz**, **Jungesblut-Gwing** und **Maus-Hamm**; in die Geschäftsordnungskommission wurden gewählt die Kameraden **Barleß-Dortmund**, **Kauffsch-Zwickau** und **Schreiter-Delsitz**.

Nachdem die Tagesordnung und Geschäftsordnung festgestellt, erhielt das Wort Kamerad **Ebert-Oesterreich**, der die Grüße der österreichischen Kameraden überbringt. Sie hätten den gewaltigen Kampf im Ruhrgebiet mit großer Spannung verfolgt und die musterhafte Müh- und Mühsal während des Streiks bewundert. Die Streikleitung habe sich ihrer ungeheuren Aufgabe gewachsen gezeigt. Trotz aller großen Schwierigkeiten mache auch die österreichische Bergarbeiterorganisation Fortschritte. Die Kameraden in Oesterreich verfolgten mit höchstem Interesse die Verhandlungen dieser Generalversammlung und hofften auch von ihr eine Förderung der internationalen Bergarbeiterbewegung. (Lebhafte Beifall.)

Änderung des Statuts

Kamerad **Husmann**. (Aus dem sehr eingehenden Referat können wir mit Rücksicht auf unseren Raum nur die Hauptpunkte hervorheben, müssen im übrigen auf das in Broschürenform herauskommende Protokoll verweisen.) Husmann schilderte die Entstehung und schwanke Entwicklung des Verbandes. Schon seit 1896 seien vorläufige Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Ausdehnung der Unterstützungsleistungen gestellt. Aber die Generalversammlungen haben diese Anträge abgelehnt. Dadurch ist unser Verband mit seinen inneren Einrichtungen gegenüber den Brudervereinigungen stark zurückgefallen. Früher seien Leute, die annehmen, recht stabil zu sein, für möglichst niedrige Beiträge und keine Unterstützungsleistungen eingetreten. Allmählich haben sich die Ansichten aber geändert. Durch den Generalstreik seien die Kameraden von der Meinung geheilt worden, daß man ohne leistungs-fähige Organisation dem Kapital etwas abringen könne. Deswegen liegen massenhaft Anträge für Beitragserhöhung vor. Der Vorstand bitte aber, nicht zu weit zu gehen und jetzt nicht zu glauben, es könne mit einem Schlage alles wieder gut gemacht werden, was in 15 Jahren versäumt wurde. Der Vorstand hat einen vollständigen Statutenentwurf vorgelegt, der eine stufenförmige Erhöhung der Beiträge auf 30, 40 und 50 Pfg. pro Woche vorsieht. Nach der Höhe der Beiträge sollen sich auch die Leistungen betr. Gemäßregelten, Streik- und Not- bezw. Krankenunterstützung richten. Der Entwurf ist wohl überlegt mit Rücksicht auf die verschiedenartigsten Bedürfnisse der einzelnen Reviere. Wir bitten Sie, dem Vorstandsvorschlag im allgemeinen zuzustimmen, wenn auch in Einzelheiten Veränderungen vorgenommen werden. (Lebhafte Beifall.)

Ehe in die Diskussion eingetreten wird, werden die zur Statutenänderung aus den Kameradenkreisen eingegangenen Anträge vorgenommen. Laut Geschäftsordnung müssen mindestens zehn Delegierte einen Antrag unterstützen, wenn er zur Debatte kommen soll. Es lagen 200 Anträge vor, von denen nur 117 genügende Unterstützung fanden. Wiederholt wurde von den Revieren sehr bedauert, daß so viele Anträge gestellt würden die unmöglich zur Annahme gelangen könnten. In Zukunft sollten doch die einzelnen Zahlstellen ihre Anträge gründlich vorbereiten, dann können solche Anträge nicht vor, für die hier kein Delegierter stimmen könne. Durch diese Massen-antragsstellung wäre der Generalversammlung fast ein halber Tag geraubt, die praktische Arbeit wäre ganz ungehörig aufgehoben. Bemerkenswert ist, daß für diejenigen Anträge, die den Statutenpaffins: „Innerhalb des Verbandes sind parteilichste o. d. religiöse Diskussionen nicht gestattet“ — gestrichen wissen wollen, nur 6 von den 150 Delegierten stimmten!

Die Diskussion war auf ausdrücklichen Wunsch des Vorstandes sehr eingehend, damit sich die Vertreter aller Bezirke offen aussprechen sollten, wie sie über die Verbandsentwicklung dächten.

Daumel-Kautowitz sprach für Erhöhung der Beiträge auf 30 Pfg. pro Woche; der Beitrag müsse einheitlich sein und die Notunterstützung eingeführt werden.

Sackse erklärte sich für mindestens 40 Pfg. Wochenbeitrag und Einführung der Notunterstützung.

Wokornu-Zwickau warnt vor der Annahme solcher Anträge, die aus der Streikstimmung im Ruhrgebiet heraus 50, 60 und mehr Pfennig pro Woche Beiträge forderten. Es müsse niedriger überlegt und Rücksicht auf die anderen Reviere genommen werden. Für höhere Beiträge müßten aber auch höhere Gegenleistungen geboten werden.

Selbrink-Fulda tritt für eine starke Beitragserhöhung ein, glaubt aber nicht durch Geldmittel das Kapital besiegen zu können. Es müsse auch der politische Kampf geführt werden. Von Erweiterung des Unterstützungswezens verspreche er sich nichts.

Schröder-Deuchern spricht im selben Sinne. Auch er will einen einheitlichen Wochenbeitrag von 40 Pfg. **Dölle-Beiz** ist für 40 Pfg. Beitrag, aber er verwirft die Staffellung. Es müßte endlich mit den Zahlstellen bei den Streiks aufgeräumt werden. Der Verband müsse selbst die Kampfsmittel aufbringen.

Jochmann-Mistaden hält eine Beitragserhöhung für selbstverständlich. Im Oberhaufener Revier hätten sich die Mitglieder in einer Abstimmung mit großer Majorität für Einführung einer Notstandsunterstützung ausgesprochen. Wir befinden uns in einer sehr kritischen Zeit, deshalb muß alles reiflich überlegt werden.

Walzgraf-Pensberg tritt ein für die Vorstandsvorträge. Sollte sie aber nicht angenommen werden, dann sei ein Beitrag von 40 Pfg. das Beste. Ueber das Unterstützungswezen sind in Bayern die Mitglieder geteilter Meinung.

Meyer-Schmidthorst drückt seine Genehmigung darüber aus, daß auf dieser Generalversammlung alle Redner für Beitragserhöhung eintreten.

Mels-Gelsenkirchen sagt, der Vorstand habe daran Schuld, daß die Beiträge noch nicht höher ständen. Es müsse ein einheitlicher Beitrag von 40 Pfg. erhoben werden. Nebenher warnt dringend vor Erhebung eines hohen Eintrittsgeldes, man müsse den Unorganisierten den Eintritt so leicht wie möglich machen.

Die Debatte wird unterbrochen, weil es mittlerweile 6 Uhr geworden. Vor Schluß der Sitzung erstattet die **Mandatprüfungskommission** ihren Bericht. Anwesend sind 150 Delegierte mit 152 Mandaten; außerdem **Ebert-Zenitz** als Vertreter der österreichischen Kameraden und **Centralarbeitssekretär M. Schmidt-Berlin** als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Sitzung wird geschlossen.

Zweiter Tag.

Berlin, den 11. Juni.

Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr eröffnet. Es wurde nach Erledigung einiger Geschäftsordnungsfragen die Diskussion über die Statutenänderung fortgesetzt.

Werner-Eickel spricht für 40 Pfg. Einheitsbeitrag und Einführung der Notunterstützung, da oft sehr große Not in den Bergarbeiterfamilien herrsche. Ohne Notunterstützung könne die Beitragserhöhung nicht angenommen werden.

Loth-Glabbeek ist für mindestens 40 Pfg. Wochenbeitrag. Er verwirft die vom Vorstand vorgeschlagene Staffellung der Beiträge, ebenso den weiteren Ausbau des Unterstützungswezens.

Urbanat-Wretowitz wendet sich gegen die von einigen Zahlstellen beantragten übermäßig hohen Eintrittsgelder (bis zu 20 Mk.). Dadurch halte man nur die Unorganisierten fern. Der Beitrag dürfe nur einheitlich auf 40 Pfg. festgesetzt werden.

Reiß-Göngen wünscht im Interesse des von ihm vertretenen Bergreviers eine Beitragserhöhung auf 30 Pfg., ohne Erweiterung des Unterstützungswezens. Es müsse auch auf die anderen Reviere Rücksicht genommen werden.

Langhorst-Staffort rät den Kameraden aus dem Ruhrgebiet, ihre überhäufelten Forderungen betreffend Erhöhung des Beitrags auf 50, 60 und mehr Pfennig pro Woche einzuschränken. Im Antrage der Kalarbeiter würde er für einen Wochenbeitrag von 40 Pfg. stimmen und für Ausdehnung des Unterstützungswezens.

Gull-Husmann-Dortmund ist der Ansicht, durch das Unterstützungswezen würden keine überzeugten Mitglieder erzeugt. Deshalb seien die meisten Kameraden seines Reviers gegen die Notunterstützung. Sie würden für 40 Pfg. Wochenbeitrag stimmen. Die Vorstandsvorträge sei nicht annehmbar.

Meyer-Güldenburg spricht gegen die Staffellbeiträge und fürchtet eine Auslösung der gesamten Unterstützungsklassen durch Unredliche. Auch er würde für 40 Pfg. stimmen.

Ullmel-Fellhammer erklärt sich namens der niederschlesischen Kameraden gegen einen „allzu hohen Sprung“ in der Beitragserhöhung. Da müßten auch die Reviere mit den niedrigsten Löhnen in Betracht gezogen werden. Wenn 40 Pfg. Wochenbeitrag angenommen würden, so müßte auch eine Erweiterung der Unterstützungsleistungen eintreten.

Müller-Herten ist nicht einverstanden mit den Anträgen, die keine Altersgrenze für die Aufnahmeberechtigung festsetzen wollen. Nur soweit die Vorstandsvorträge Ausnahmen zulassen wolle, könne er zustimmen.

Gärtner-Zenstenberg ist sehr erfreut, daß überall die Beitragserhöhung jetzt Anklang finde. Inwiefern sei der Sprung auf 50 Pfg. zu hoch. Wenn er persönlich auch kein Freund von mehr Unterstützungsleistungen sei, wolle er doch zustimmen, da Rücksicht auf die Mitglieder zu nehmen sei. Der Beitrag müsse aber einheitlich sein.

Siepmann-Langendreer erklärt, wohl seien Delegierte hier, die für 50 Pfg. Wochenbeitrag ohne Einführung einer Notunterstützung eintreten. Aber das sei nicht empfehlenswert. Ein Wochenbeitrag von 40 Pfg. mit Einrichtung einer Notunterstützung sei das Beste. Die jetzt existierenden verschiedenartigen Unterstützungsleistungen sind ein Hemmnis für die Organisation.

Straube-Zwickau freut sich, daß die Ruhrbergleute endlich zu der Einsicht kommen, daß die Beiträge erhöht werden müssen. Er beschränkt jedoch, daß die Stimmung nur aus dem Streik geboren ist und schließlich allzu schnell abflaut. Die Anträge auf übermäßig hohe Beiträge können nicht berücksichtigt werden, hält aber einen einheitlichen Beitrag von 40 Pfg. pro Woche für angebracht.

Wagner-Essen kann nicht eintreten, inwiefern die Notunterstützung zur Versimpelung der Mitglieder beitragen könne, hält dagegen diese für notwendig, da die Mitglieder vom Verband auch in der Not Hilfe erwarten. Die Vorstandsvorträge sei zu empfehlen. Selbstbrüsk Ausführung, die Unternehmer seien nicht mit Geld zu besiegen, kann er nicht akzeptieren.

Sabrand-Kassel ist für die Staffellbeiträge, deren Durchführung gar nicht so schwierig sei. Der Kampf gegen das Unternehmertum würde einheitlicher, wenn man den einzelnen Revieren entgegenkomme. Die Meinung der Revisionskommission, mit einer namhaften Erhöhung der Beiträge ohne Gegenleistung der Organisation zu dienen, könne er nicht teilen, hält sie sogar für verderblich.

Götte-Oberhausen sagt, die Stimmung in seinem Revier sei für 30 Pfg. Wochenbeitrag, was er durch Fragebogen festgestellt habe. Ohne Krankenzuschüsse ist diese Erhöhung jedoch nicht durchführbar. Zur Stellung der Anträge bezüglich des hohen Eintrittsgeldes bei Wiederaufnahmen, gab der riesige Wechsel der Mitglieder Anlaß und

sien diese Anträge nicht von der Hand zu weisen. Die Vorstandsvorlage sei zu empfehlen.

Neumann-Rothhausen tritt für die Vorstandsvorlage ein, da durch diese den Mitgliedern in finanziell schlechter gestellten Revieren entgegengekommen würde.

Blas-Bilshornwisch erklärt, daß eine Erhöhung der Beiträge von mehr als 30 Pfg. die Woche in Oberschlesien nicht durchzuführen sei. Die Mainterrückstellung müsse eingehalten werden.

Olmen-Steele glaubt, durch einen starken Kampffonds würde unseren berechtigten Forderungen eher Rechnung getragen. Weil aber trotzdem kein Sprung ins Dunkle gemacht werden könne, empfiehlt er den einstweiligen 40 Pfg.-Beitragsbeitrag.

Rauß-Oberhagen erklärt, der Ruhrrevierstreik habe zur Beweise bewiesen, wie notwendig eine Beitragserhöhung sei, konnten doch die Gewerkschaften die Mitglieder nicht so unterstützen, als erforderlich war. Um für die Zukunft gerüsteter zu sein, müßte der Beitrag auf 40 Pfg. erhöht werden.

Busemann-Mecklinghausen tritt für eine Erhöhung des Beitrags auf 40 Pfg. ein, ist aber nicht für ein weiteres Ausbauen des Unterhaltungsweffens. Sachse habe in seiner Eröffnungsrede ja gesagt, die Kasse müsse gestärkt werden.

Krawowicz-Horstermark sagt, seine Zahlstelle habe ihn zwar beantragt, für 50 Pfg. zu stimmen, aber damit etwas Erspriechliches zustande käme, würde er für 40 Pfg. stimmen. Die Krankenzuschüsse ist einzuführen.

Thomas-Albanerowicz erklärt sich gegen die Vorstandsvorlage und ersucht einen einheitlichen Beitrag von 40 Pfg. anzunehmen. Damit schließt die Debatte und erhält

Busemann das Schlusswort. Dieser empfiehlt, alle Redner, welche für 40 oder 50 Pfg. Beitrag ohne Notunterstützung eintreten, als Bezirkskassierer anzustellen, dann würden sie schon eines Besseren belehrt. Das richtige Bindemittel habe dem Verband bisher gefehlt. Die Knappen- und sonstige Unterstützungsvereine haben nur diesem, vom Verband einzuführenden Unterhaltungsamt ihr Dasein zu verdanken. Daß diese für die Organisation ein Hindernis sind, braucht er nicht hervorzuheben. Die Ausführungen seines Bruders seien nicht stichhaltig. Geibbrink habe zwar viel gesprochen, aber nichts gesagt. Von einem Knappschäftsältesten habe er mehr erwartet. Mit einem Appell an die Delegierten, reichlich zu überlegen, damit für die Organisation was Erspriechliches erreicht werde, schloß Redner.

Nunmehr tritt die vorher gewählte 21gliedrige Statutenkommission zusammen, der die Vorstandsvorlage und alle darauf bezüglichen Anträge zur Durchberatung überwiesen werden. Der Statutenkommission gehören an die Kameraden Boforny, Girsch, Rosenberger, Adamek, Minstedt, Just, Bietlich, Jakob, Berg, Gabeland, Heidbrink, Borowski, Weiss, Großkreuzer, Siepmann, Köbke, Pierenkämpfer, Fritz Gusemann, Hansmann, Emil Gusemann und Remshagen. Hierauf erstattet einen kurzen

Geschäftsbericht des Vorstandes

Kamerad Sachse. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden ausführlichen Jahresbericht, der auch in den Nummern 16, 17, 19 und 20 der „Bergarbeiter-Zeitung“ abgedruckt worden sei. Der Verband habe sich im Vorjahre nicht so entwickelt wie wir wünschen. Ein Zuwachs von circa 15 000 Mitgliedern in einem Jahre genüge nicht. Während des Generalstreiks habe der Verband kolossale Fortschritte gemacht, es seien über 60 000 neue Mitglieder gewonnen worden. Wenn davon naturgemäß auch tausende wieder davonliefen, so bleibe doch noch ein großer Gewinn. Diesen zu erhalten und zu festigen, sei die Aufgabe der nächsten Zeit. Bei den Knappschäftsältestenwahlen haben wir sehr gut abgeschnitten. Wir haben auch erkannt, daß es mit der bisherigen Verwaltungspraxis nicht weiter geht. Die Zahlstellen sind so stark, daß wir gezwungen wurden, zu der Anstellung besoldeter Bezirksbeamten überzugehen. Wir können von den Kameraden, die noch in Arbeit stehen und stets der Maßregelung ausgesetzt sind, nicht erwarten, daß sie die umfangreichen Arbeiten eines Bezirksleiters vollständig erledigen. Das übersteigt ihre Kraft. Der Verband fährt am besten, wenn er Kameraden freistellt und ihnen die Agitation überträgt. Der Vorstand stimmt den Anträgen zu, die eine größere polnische Zeitung wünschen. Auch sind wir stets zu haben für Einrichtungen, durch die tüchtige Agitatoren und unterrichtete Redner aus den Kameradenkreisen erzogen werden. Jedoch geht das nicht so leicht — einen „Münchener Richter“ haben auch wir nicht. Etwas ähnliches wächst aber mit der Zeit ein ansehnlicher Teil der jüngeren Mitglieder zu brauchbaren Rednern heran. Um noch besseren Rechtforsch zu erteilen zu können, haben wir neue Rechtsschutzbureaus errichtet in Neudlinghausen, Nachen, Meuselwitz, aber allen Umständen auch Errichtung von Rechtsschutzbureaus können wir nicht entsprechen, da dazu die Mittel nicht reichen. Verschiedentlich sind zwischen Vorstand und einzelnen Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten und Differenzen entstanden. Wo aber der Wille zur Verständigung vorlag, ist sie auch stets erzielt worden. Sprechen Sie sich nun über unsere Tätigkeit aus und kritisieren Sie, was wir nicht recht gemacht haben. (Beifall.)

In der Diskussion bekräftigt Fests-Essen-West bei Anstellung von Beamten die Bevorzugung von gemäßregelten Mitgliedern, sofern sie befähigt sind. Befähigte gebe es genug. — Bismann-Neudlinghausen tadelt, daß das Rechtsschutzbureau in Neudlinghausen mehrere Tage geschlossen war, weil der Rechtsschutzbureau dem Berliner Bergarbeiterbezug bewohnte. — Goldzowski-Maxloh bekräftigt die Errichtung eines Bureaus in Maxloh, da dort 7000 Mitglieder in Frage kämen. — Goldberg-Kirchlinde bekräftigt die Befragung der Berggewerbetreibenden mit je zwei Vertretern aus dem Arbeiter- und dem Unternehmerstande und mündlich Bericht über die Sitzungen in der Verbandszeitung. — Meis-Gelsenkirchen bezeichnet die Arbeit der Arbeitersekretariate im Ruhrgebiet als eine sehr schwierige. Sachse unterstütze das und komme deshalb den Wünschen des Redners auf Beweijung einer Hilfskraft nicht entgegen. — Scholtzsch-Deutchen erklärt die Anstellung von Gauleitern auch für Oberschlesien für sehr notwendig. — Sachse erklärt, er sei nach Kräften bemüht, dem Kameraden Meis entgegenzukommen, aber man könne sich die geeigneten Hilfskräfte nicht aus dem Kermel schütteln. Rechtsschutzbureaus können nicht überall errichtet werden. Der Vorstand weise Vorwürfe, als ob er böswillig und voringenommen gegen gewisse Kameraden und Bezirke handle, entschieden zurück. — Witt-Stoppenberg ist für Einrichtung von Unterhaltungsstellen, aber man solle sich davon keine Übertriebenen Hoffnungen machen. Jeder Kamerad müsse selbst den Krieg zum Bernen haben. — Meier-Schmidt-Ort spricht sich für eine tüchtige Agitation aus. Der Vorstand müsse für Schädigung bei Zahlstellenretirierungen eintreten. — Schröder-Bochum entgegen Meis, er solle die Tätigkeit des Vorstandes nicht unterschätzen. — Scharf-Wilmpten erklärt, die Berggewerbetreibenden seien zu wenig geschult. — Scheibe-Anna spricht sich gegen Erteilung von Rechtsschutz an Unregelmäßige aus. — Jodmann-Altland bedauert die Nichtunterstützung des Antrages, wonach Vorstandsmitglieder kein Mandat zur Generalversammlung erhalten sollen. — Rehrer-Gainsdorf hält besoldete Bezirksbeamte für notwendig. — Munsbeck-Despel sagt, für die sich gern als Redner auszubildenden Mitglieder liefere die „Bergarbeiter-Zeitung“ genügend Material. — Schmidt-Werner-Beide ist für Berichterstattung der Berggewerbetreibenden. — Neumann-Rothhausen spricht gegen das Antragsstellen von einzelnen Mitgliedern. — Ernst-Borbeck empfiehlt zur Ausbildung die Benutzung der Bibliotheken. — Meis-Gelsenkirchen erklärt, die Vorstandsarbeiten unterstütze er nicht. — Sachse erwidert in seinem Schlusswort, die Diskussion habe ergeben, daß im großen und ganzen an der Tätigkeit des Vorstandes nichts anzufehen war. In Zukunft sollen auch die einzelnen jetzt vorkommenden Unregelmäßigkeiten nach Möglichkeit vermieden werden. Auf Meier's Ausführungen habe er zu bemerken, daß niemandem mehr, als

dem Vorstand, an der Schlichtung von Zahlstellenretirierungen gelegen sei und die Schlichtung wo möglich auch gleiche.

Angenommen wurden folgende Anträge: Vertrauensleute, Ortskassierer, Revieroren und Zeitungsboten sind alle drei Monate beziehungsweise zu einer Konferenz zusammen zu rufen, wo ihnen die nötige Aufklärung zur Verrichtung ihrer Tätigkeit erteilt werden soll.

Ein Rechtsschutzbureau darf niemals acht Tage hintereinander geschlossen sein. Bei besonderen Ausnahmefällen, wo eine Schließung von 1-8 Tagen unvermeidlich ist, muß dieses mit Aufhebung der Gründe vorher durch das Verbandsorgan mitgeteilt werden.

Kamerad Horn, Hauptkassierer, erstattet kurz einen Bericht über die Kassenverhältnisse. Auch er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der in der Verbandszeitung abgedruckt wurde. Im vergangenen Jahre habe das Restantenniveau abgenommen. Die Beiträge sind pünktlicher eingekommen. Der Ueberschuß der Kasse hat im Vorjahre 295 000 Mark betragen, das Vermögen stieg auf 785 000 Mark und betrage zur Zeit rund 814 000 Mark, trotzdem wir sehr hohe Ausgaben durch den Streik gehabt haben. Pro Mitglied betraf der Verband Vermögen 1903 6,86 Mark, 1904 8,14 Mark. Unsere Finanzen haben sich also gebessert, jedoch müssen einer Organisation, wie der Bergarbeiterverband, bedeutend größere Mittel zur Verfügung stehen, wenn sie kampferüstet sein soll. Noch mehr wie bisher muß Ordnung in der Durchführung der einzelnen Zahlstellen herrschen, damit alle Restanten verschwinden. Je peinlicher die Ordnung ist, um so besser kommen wir vorwärts. (Beifall.) Hierauf Schluß der Sitzung.

Dritter Tag.

Berlin, den 12. Juni.

Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr eröffnet. Das Wort erhält zum Bericht über die Tätigkeit des Kontrollauschusses der Kamerad Graf-Essen: Wir haben im Geschäftsjahre zwölf Revisionen der Kassen und der Bücher vorgenommen. Zur Kontrolle haben wir 27 Tage gebraucht, da wir gründlich vorgehen. Wir haben stets alles in bester Ordnung gefunden. Beschwerden liefern zwölf ein: gegen den Vorstand zwei, gegen die Redaktion eine, wegen Ausschluß aus dem Verband sieben. Die beiden andern Beschwerden betreffen Zahlstellenretirierungen. Die Beschwerden konnten ordnungsgemäß erledigt werden. Wir beantragen, dem Vorstände Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Kauß-Zwickau hat wiederholt als Mitglied des Kontrollauschusses die Geschäftsführung auf dem Zweigbureau Zwickau revidiert. Er hat keine Unregelmäßigkeiten vorgefunden und beantragt deshalb ebenfalls Decharge.

Dieß-Dornmund gibt an, daß eine Beschwerde von dem Vertrauensmann ohne Wissen der Zahlstelle eingereicht wurde. — Steinbrink-Stiepel bringt eine Beschwerde von Fulernum vor, weil auf Anfrage keine Aufklärung erfolgte. — Wärtner-Sensfenner sagt, auch er habe zweimal keine Auskunft erhalten. Die Korrektheit der Abrechnungen ließe viel zu wünschen übrig. — Horn gibt im Schlusswort zu, daß während des Streiks mal eine Antwort ausblieben konnte, doch liege dies in der damaligen Arbeitsüberbürdung, sonst wird bereitwillig Auskunft erteilt.

Dem Vorstand und der Kassenführung wurde hierauf einstimmig Decharge erteilt. Es folgt nun das Referat über die Presse, welches erstattet wird von

Kamerad Leimpeters: Einen Mainartikel haben wir dieses Jahr ja gebracht, haben also unsere Schuldigkeit getan. Eine Aenderung ist insofern eingetreten, als wir laut Beschluß der vorjährigen Generalversammlung die polnische Beilage vergrößert haben, jedoch genügt sie in ihrem Umfange den polnischen Kameraden nicht. Sie fordern eine vierseitige Zeitung in dem Format der deutschen. Der Vorstand beabsichtigt auch diesen Wunsch zu erfüllen, jedoch ist die Ausführung des Planes z. B. noch nicht möglich, weil die Frage des Redakteurs noch nicht gelöst werden konnte. Sobald wir aber einen geeigneten Mann gefunden haben, wird der Vorstand endgiltig Stellung zu der Frage nehmen. Die Verlegung der Redaktion nach Kattowitz, wie die ober-schlesischen Kameraden beantragen, ist nicht durchführbar, schon aus dem Grunde, weil laut Statut der Vorstand die Redaktion zu überwachen hat, aber auch aus finanziellen Gründen nicht. Wir haben in Bochum unsere eigene Druckerei und wollen unsere Druckfachen auch dort herstellen. Von Kamerad Rauß ist mit Recht über die vielen unmissigen Anträge zur Generalversammlung, die im Verbandsorgan veröffentlicht worden sind, Beschwerde geführt worden. Hätte die Redaktion das Recht dazu, so wären viele der Anträge nicht veröffentlicht worden. Bei der ersten Serie, die ich veröffentlichte, ließ ich Anträge, die sich mit andern dem Sinne nach deckten, unveröffentlicht, mußte aber erleben, daß dann von allenthalben Proteste einliefen, die verlangten, daß auch ihre Anträge veröffentlicht würden. Die Generalversammlung hierin eine Aenderung vornehmen, es wäre uns sehr lieb. Klagen sind geführt worden über die schlechte Berichterstattung aus den Berggewerbetreibenden. Wir können solche Berichte doch nicht bringen, wenn uns keine zugehen. Dasselbe trifft für die Knappschäftsältesten zu, die uns aus ihren Kommissionsberhandlungen ebenfalls nichts berichten. Aus der Kommission Berner hat uns jahrelang ein Mitglied des christlichen Gewerkevereins berichtet, aber nicht unsere. Dabingegen erhalten wir aus den Schiedsgerichtsitzungen aus Delsnis-Dugau regelmäßig Berichte, die wir auch stets unverfälscht brachten. Von der Redaktion könnt Ihr nicht verlangen, daß sie nach den einzelnen Spruchkammern hingeht, um die Berichte aufzunehmen, zum andern können wir es ja auch nicht, weil wir nicht wissen, wann und in welcher Spruchkammer verhandelt wird. Die Berggewerbetreibenden bezug. Die Knappschäftsältesten müssen angehalten werden, diese Berichterstattung selbst zu besorgen. Ueberhaupt läßt die Berichterstattung auch im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Als die Landtagskommission die Sprichtour durch das Ruhrrevier machte, mußten wir erst das Telefon in Anspruch nehmen, und unsere Bezirksleiter nach den Zeichen schicken, um Erlaubigungen einzugehen, sonst hätten wir wahrscheinlich gar keine Nachricht erhalten. Was sonst die Berichterstattung anbelangt, so muß auch diese noch besser werden, d. h. nicht in ihrer Vielheit, sondern in ihrer Bestimmtheit und Klarheit. Schreibe man kurz, bestimmt und nur Tatsachen, die auch eventuell am Gericht bewiesen werden können. Nichts ist so schädlich für unsere Sache, als wenn wir vor Gericht stehen und schließlich nicht imstande sind, auch das beweisen zu können, was wir schreiben. Dann erfolgen die Verurteilungen, wodurch die Verbandskasse geschädigt wird. Ueber die Stellung unserer Zeitung gegenüber den andern Zeitungen, besonders den Parteizeitungen, wird bei einem andern Punkt Gelegenheit sein sich zu äußern, nur soviel sei gesagt, daß wir nie eine Polemik angefangen haben, sondern uns stets in der Abwehr befanden. Biefach hat man sich darüber aufgehalten, daß wir drei Redakteure hätten. Dem ist denn doch nicht so. Oftmals ist Que acht bis vierzehn Tage im Reichstag oder auf Agitation; auch ich bin sehr häufig in den Außenrevieren und falls wir beide auf der Redaktion sind, ist Kamerad Janschel zur Erlernung des Rechtsschutzes im Arbeitersekretariat. Er soll ja noch in diesem Jahre als Rechtsschutzbeamter angestellt werden. Sonst haben wir nach allen Richtungen uns bemüht, unsere Schuldigkeit zu tun und solltet Ihr uns weiter das Vertrauen schenken, werden wir auch in Zukunft uns nach Kräften bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. (Bravo!)

Goldzowski-Obermarzloh begründete einen Antrag, den Abonnementspreis auf 1,50 Mark zu erhöhen zwecks Erhöhung der Botenkölne.

Werner-Bittgendortmund begründete den Antrag, den „Chef-Redakteur“ Que abzusetzen. Die Zahlstelle habe sich berechtigt gefühlt, einen solchen Antrag zu stellen, denn sie sei von der Redaktion mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Ein Artikel, in dem die Beteiligung des Boykotts über eine Wirtschaft bekannt gemacht werden

sollte und der an die Redaktion abgesandt wurden, erschien in der Zeitung nicht, und als wir uns beschwerten, wurden wir abgewiesen. Dann erfolgte eine scharfe Zurechtweisung in der „Bergarbeiterzeitung“, weil Kameraden in einer Zahlstellenversammlung eine Vertrauens-Meifolution für die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ angenommen hatten. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ist unser Parteorgan und haben wir ein Recht, uns mit der Haltung derselben einzuverstanden zu erklären, ohne dadurch unser Statut verletzte zu haben, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt. Eine solche Behandlung mußten wir entschieden zurückweisen. Zur Annahme kann aber auch ich den Antrag nicht empfehlen. (Große Beiterkeit.)

Scholtzsch-Deutchen wendet sich gegen die Redaktion, daß sie trotz der Anweisung der vorjährigen Generalversammlung die Übersetzungen aus Oberschlesien nicht in deutscher und polnischer Sprache gedruckt habe. Für das Oberschlesische Revier haben die Artikel nur dann Wert, wenn sie in beiden Sprachen erscheinen. Wenn die polnische Zeitung so vergrößert würde, daß sie in dem Format der deutschen erscheine, dann brauchte man den Mitgliedern entweder nur die deutsche oder die polnische Ausgabe anzustellen. Die Redaktion sollte auch besser dafür sorgen, daß die polnischen Zeitungen nicht so veruschmiert gedruckt würden, daß sie kein Mensch lesen kann.

Berner-Gerne: Die polnischen Kameraden müssen sich mit der polnischen Ausgabe begnügen, die deutsche und polnische Zeitung darf kein Mittelding zugleich erhalten. Wir müssen aber eine größere polnische Zeitung haben.

Dieß-Dornmund hält die Verlegung der Redaktion der polnischen Zeitung nach Kattowitz doch für durchführbar und auch für zweckmäßig; ebenso sei die Lösung der Frage des Redakteurs nicht so schwierig. Wollte man nur ernsthaft suchen, würde man schon einen geeigneten Mann finden.

Blas-Bilshornwisch bekräftigt eine regere Agitation in Oberschlesien, und dazu trage die Vergrößerung der polnischen Zeitung sehr viel bei.

Werner-Bittgendortmund: In den Versammlungen soll man streng neutral bleiben, warum geschieht das denn in der Zeitung nicht? Hier wird die Partei stets angegriffen. Die Redaktion verlegt unter Neutralität wohl alle anderen Parteien zu schonen, aber die Sozialdemokratie anzugreifen?

Scharf-Wilmpten: Der Antrag, Que abzusetzen, kommt unrichtig aus den Kreisen der Kameraden, sondern von auswärtig, aber daß er gekommen ist, ist eine Blamage für uns. (Sehr richtig!) Denken Sie an jene Jahre zurück, als der Verband „im Sterben“ lag, da hat Que seinen Mann gestanden, und hauptsächlich seiner Tätigkeit haben wir mit die vorzüglichste Entwicklung des Verbandes zu verdanken. Unter uns ist kein einziger, der Que nicht dies oder jenes zu verdammen hätte, und nun sollen wir dem Mann, der zehn seiner besten Jahre in opferwilligem Fleiß für uns gewirkt und getreut hat, deshalb einen Fußtritt versehen, weil sich zwei Kameraden durch ihn zurückgesetzt fühlen, vielleicht noch nicht einmal durch Que's Schuld. Das wäre wirklich eine gar sonderbare Dankbarkeit. (Sehr richtig!)

Lehmer-Wanne hält es für besser, die Lokalberichte ausführlicher zu bringen, als die langen Polemiken.

Thomas-Alt-Sannerowicz fordert, daß nur Berichte aufgenommen werden, die vom Vertrauensmann unterschrieben sind.

Leimpeters-Bochum stellt in seinem Schlusswort fest, daß nicht Que die von den Völgendortmundern vorgebrachten Verbrechen begangen habe, sondern Leimpeters. Als der fragliche Artikel betreffs der Auzerschneidung einiger Zahlstellen geschrieben wurde, befand Que sich in Berlin und bekam den Artikel erst nachträglich zu lesen. Demnach hätte nicht Que, sondern er (Leimpeters) die Absetzung verdient.

Folgende Anträge fanden Ausnahme: Parteipolemiken sind nicht im Verbandsorgan, sondern in der Parteipresse zu erledigen. — Die polnische Beilage ist auf das Doppelte zu vergrößern und durch bessere Schrift herzustellen. — Den Mitgliedern steht entweder nur die polnische oder die deutsche Zeitung zu.

Nach einer kurzen Pause hält das Referat über

Unsere Taktik beim Generalstreik

der Kamerad Que. Er besprach sehr eingehend Entstehung, Entwicklung, Verlauf und Abbruch des großen Kampfes und ging auf alle gegen die Streikleitung erhobenen Vorwürfe und Kritiken ein. Da die G. V. beschloß, das Referat Que sei speziell in W o s j a u e n -form herauszugeben zum Preise von 10 Pfg., so eribrigt sich hier darauf einzugehen. Die Rede fand häufig allgemeine Zustimmung und am Schluß starken Beifall.

Die Diskussion war wenig ausgebehnt. Müller-Perten bestritt, daß im Neudlinghausen Revier der Gewerkeverein am stärksten sei. — Litzke-Dorfstedt kann sich mit der Taktik der Siebenerkommission im Großen und Ganzen einverstanden erklären, rühmt aber, daß die Verbandszeitung auch mehr die Bedeutung der politischen Agitation und Organisation betone. — Wagner-Essen erklärt, er habe sich überzeugt, daß während des Streiks die Siebenerkommission taktisch richtig gehandelt habe. Sie konnte nicht anders, sie war ein Produkt der Verhältnisse. Aber auch die Essener Kameraden haben nicht aus Böswilligkeit gehandelt, sondern aus vollster Ueberzeugung. Er sei aus einem Saulus zu einem Paulus geworden (Geiterkeit und Zuruf: Viele andere auch!). Den Vorwurf, als hätten die Essener Bergleute böswillig gehandelt, müsse er entschieden zurückweisen. — Ernst-Borbeck behauptet, es sei den Vertrauensleuten keine Information zugegangen über den beabsichtigten Abbruch des Streiks. — Sachse stellt fest, daß acht Tage vor Abbruch des Streiks die Verbände ihre Bezirksleiter in vertraulicher Konferenz zusammenberiefen und dort mitgeteilt wurde, wenn innerhalb acht Tagen der Sieg nicht errungen, müsse aus Mangel an Geld der Streik abgebrochen werden. Wenn die Bezirksleiter dies den Vertrauensleuten nicht mitteilten, so trage daran die Siebenerkommission nicht die Schuld. Nicht nur Wagner, sondern auch viele andere Opponenten von damals sind heute zu der Einsicht gekommen, daß die Streikleitung gewissenhaft, ehrlich und taktisch klug gehandelt habe. (Lebhafte Zustimmung.) — Meis-Gelsenkirchen hält den Abbruch des Streiks für richtig, aber es hätte die Masse besser darauf vorbereitet werden müssen. — Meier-Schmidt-horst, Pokorny-Zwickau, Keine-Steele, Scholtzsch-Deutchen billigen die Haltung der Streikleitung. Sie habe getan, was unter den schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Dafür gebilche ihr der Dank der Arbeiterklasse.

Kamerad Overt-Deisterreich erklärt die Steigerung der Kohlenausfuhr aus Oesterreich während des Streiks mit der vorherigen Annullierung von großen Kohlenlagern. Daran hätten die österreichischen Kameraden nichts ändern können. Die österreichischen Bechenbesitzer haben einen Teil des früheren Absatzgebietes verloren und wollten daher den Streik benutzen, um das verlorene Gebiet wieder zu gewinnen. Allenfalls waren große Kohlenvorräte vorhanden, die nun abgesetzt werden sollten. Außerdem genehmigten die Behörden den Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, obgleich bei uns der Normalarbeitszeit gesetzlich eingeführt ist. In einen Streik war nicht zu denken, da unsere Organisation zu schwach ist. An dem Zusammengehen Ihres Verbandes mit den anderen Organisationen haben wir nichts Anstößiges gefunden. Das ersuchen uns ganz selbstverständlich. Ich erwähne das, weil unsere österreichische Organisation nicht als neutral gilt. Der Abbruch des Streiks erschien uns als eine taktische Klugheit; es wäre besser, wenn auch der österreichische Streik 1900 früher abgebrochen worden wäre. (Hört! hört!) Wäre das geschehen, so wäre unsere Organisation nicht so vollständig zusammengebrochen. (Lebhafte Beifall.)

Werner-Bittgendortmund und Dieß-Dortmund nehmen die „M. B. Arbeiterzeitung“ in Schutz gegen Angriffe Que's. Redakteur Konrad Hänisch verdiene die Bezeichnung „Deber“ nicht.

Que konstatiert in seinem Schlusswort, daß er in seinem Referat die „Arbeiterzeitung“ überhaupt nicht genannt, auch nicht Konrad Hänslik, denselben deshalb auch nicht „Dezer“ genannt haben könne. Im Referat habe das Bestreben obgewaltet, wohl auf die Kritiken von rechts und links einzugehen, um Aufklärung zu schaffen, aber es sei auch vorhanden das Bemühen, die entstandenen Differenzen nicht zu vertiefen, sondern sich mit den uns nahe stehenden Kritikern zu verständigen. (Sehr richtig und Bravo!) Dies geht auch aus der Resolution hervor, die ich Ihnen zur Annahme empfehle.

Die nachstehende Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes erklärt:

Die von der Verbandsleitung während des Generalstreiks im Ruhrgebiet befolgte Taktik war geboten durch die unumstößliche Tatsache, daß die Organisation der Bergleute nicht einheitlich und schon deshalb sehr mangelhaft ist; ferner durch den Umstand, daß unter den gegebenen Verhältnissen nur den Wertbesitzern ein Streik erwünscht sein konnte. Ein längerer Ausbruch im Streik hätte zur Zeit den Arbeitern keinen Erfolg, der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung aber schweren Schaden zugefügt. Die Generalversammlung ist der Überzeugung, daß der Bergarbeiterverband nach große Kämpfe gegen das rücksichtslose Unternehmertum bevorsteht. Um hierfür gestärkt zu sein, bedarf es unbedingter Einigkeit der Berufsgenossen, bedauerlicher Ausbreitung und finanzieller Stärkung des Bergarbeiterverbandes und tüchtiger gewerkschaftlicher Ausbildung der Mitglieder.

Die Generalversammlung fordert die Kameraden aber auch auf, aus dem Generalstreik die Lehre zu ziehen, daß eine Berggewerkschaftler vom Uebel ist, und deshalb jeder Bergmann sich auch parteipolitisch ebenso energisch als gewerkschaftlich zu betätigen hat. Nur gewerkschaftliche und politische Organisationen und Agitation kann die Arbeiterschaft befreien aus dem entweichenden Fesseln des kapitalistischen Ausbeutertums.

Vierter Tag.

Berlin den 13. Juni.

Die Sitzung wird eröffnet mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Ueber den **Kölnner Gewerkschaftskongress** referierte sodann Kamerad **Leimpeters**: Er schildert die Verhandlungen des Kongresses, über die in der „Bergarbeiterzeitung“ ausführlich berichtet wurde. Die einzelnen Beschlüsse seien verschiedenartig in der Presse kritisiert worden, ebenso sind die Referenten und Diskussionsredner heruntergerissen worden. Wömelburgs Referat über den Generalstreik soll gehalten, bürstet, oberflächlich gewesen sein. Wömelburg hat nicht alle „Literaten“, sondern nur eine gewisse Sorte treffen wollen, die sich besonders in der „Völpziger Volkszeitung“ breit macht. Wenn die „Arbeiterzeitung“ schreibt, die Weltgeschichte würde über die Resolution Wömelburgs betr. Generalstreik zur Tagesordnung übergehen, so mag das richtig sein; aber die Weltgeschichte ist auch schon über viele Resolutionen, die bestenfalls Geister und Parteiführer verärgerten, zur Tagesordnung übergegangen. Wenn man sagt, der Kölnner Kongress habe nicht auf der Höhe gestanden, es habe dort ein wenig schöner Ton geherrscht, so darf wohl behauptet werden, daß der Gewerkschaftskongress den Vergleich mit manchen Parteitagungen sehr gut anschlagen kann. In Köln debattierten keine Akademiker wie auf den Parteitagen, sondern nur Arbeiter mit einfacher Volkshilfsbildung. Betreffs der Maifeier ist der Kölnner Kongress nicht ausgefallen wie das Kornberger Schicksal.

Durch das Schlusswort Wömelburgs, mit dem sich die Delegierten einverstanden erklärten, wurden die Beschlüsse des internationalen Kongresses in der Maifeierfrage für bindend erklärt. Ueber den Gedanken der Maifeier bestand überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, nur über die Form. Im Ruhrgebiet ist von einer wirklichen Maifeier bisher nicht die Rede gewesen. Nun soll ich gesagt haben, die internationalen Kongressbeschlüsse gehen uns nichts an. In Wirklichkeit habe ich nur gesagt, die internationalen Beschlüsse sind nicht bindend für den Gewerkschaftskongress, nur maßgebend für die einzelnen Gewerkschaften, die auf dem internationalen Kongress vertreten waren, nicht für die Gesamtheit der Gewerkschaften. Sehr freilich, durch den Beschluß des Kölnner Gewerkschaftskongresses ist die Sache anders. In der Parteipresse aber nimmt man an, daß die Beschlüsse internationaler Kongresse ohne weiteres für die deutschen Gewerkschaften bindend seien. Gegen ausländische Organisationen ist man toleranter. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat doch in den ersten Jahren den Pariser Beschluß auf eigene Faust abgeändert. Das darf sie doch eigentlich auch nicht. Es besteht überhaupt in der Partei auch über die Maifeierfrage Meinungsverschiedenheiten. Auf jedem Parteitag sind solche Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gekommen.

Am heftigsten aber bin ich angegriffen, weil ich von „Chinesen und Wotokuben“ sprach. Ich gebe zu, daß ich in der Form zu weit gegangen bin. Ich wollte nur die auf den internationalen Kongressen übliche Abstimmung nach Nationen kritisieren und hätte besser von Japanern und Indern gesprochen. Wir im Verbande räumen doch der Zahlstelle Schmidtowski mit 2000 Mitgliedern auch ein größeres Recht ein als der kleineren Zahlstelle Heisingen. Ich bestreite, daß es sich hier um einen Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei handelt. Die Maifeier ist eine politische Demonstration, und die Differenzen bestehen innerhalb der Partei. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt der englischen Trades-Unionisten. Ich bin kein Parteigewerkschaftler, sondern ein ebenso guter Parteigenosse wie Gewerkschaftler. Ich habe in Köln 12 Minuten gesprochen. Meine Rede ist nur in sechs Zeilen wiedergegeben worden, die Sätze sind aus dem Zusammenhang gerissen und wer meinen Redeschluß kennt, wird zugeben, daß das unmöglich ist. (Große Heiterkeit.) Das Pferd geht manchmal mit dem Kerl durch. Das will ich offen eingestehen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Pokorny-Widau: Die Delegierten des Bergarbeiterverbandes haben in Köln zweimal gegen Leimpeters Stellung nehmen müssen. Einmal bei der Frage des Generalstreiks, wo er die Äußerung tat, daß die Regierung beim Bergarbeiterstreik auf Seiten der Arbeiter gestanden habe. (Leimpeters ruft: Ein Teil der Regierung!) Mein, die Regierung. Wir haben alle fünf genau gehört. Das zweite Mal in der Frage der Maifeier. Der ganze Ton, den hierbei Leimpeters angeschlagen hat, war so, daß wir uns geschämt haben, mit ihm an einem Tische zu sitzen. Einverstanden bin ich mit Leimpeters darin, daß es Literaten gibt, die besser schwiegen (Heiterkeit), und einer der unglücklichsten Literaten ist Kamerad Leimpeters. Man soll nicht schreiben, um zu schreiben, sondern damit andere ihre Freunde daran haben können. (Heiterkeit.) Es ist nicht bloß das Temperament, welches Leimpeters Streiche spielt, auch in ruhigen Stunden verfolgt er eine Richtung, die wir nicht mitmachen können, wie das ein Artikel in den sozialistischen Monatsheften zeigt. Meist apporziert Leimpeters nur die Ansichten von Hue. (Heiterkeit.) Auch in Köln haben wir gesehen, wie Hue auf Leimpeters eingewirkt hat. Immer muß die Neutralität oder der Revisionismus in die Debatte geworfen werden, daß es einem schon zum Hals herauswächst. Immer von neuem wird der Gegensatz künstlich geschürt, nur um wieder neue Artikel schreiben zu können. Wir brauchen gar nicht auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse Bezug zu nehmen. Für uns als Parteigenossen gelten schon die Beschlüsse der Parteitage im Lande, und es ist gar kein Grund einzusehen, weshalb man gegen die Maifeier mit solcher Behemung vorgeht. Wir brauchen Einigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Äußerung von den Chinesen und Wotokuben war ganz ungeschörlig. Auch hier sind kleine Reviere vertreten, und die Japaner

haben auch das Recht, auf den internationalen Kongress vertreten zu sein. (Sehr richtig! Ruf: Die Wotokuben auch? Heiterkeit.) Die Wotokuben sind mir lieber, als manchmal unser Freund Leimpeters. (Große Heiterkeit.) Leimpeters hat seine Selbstständigkeit nie manchmal so verballhornt, daß Hue selbst seinen Freund verleugnen muß. (Große Heiterkeit.) Leimpeters, Du hast Dich, seitdem Du Sekretär der Bergarbeiterzeitung bist, furchtbar gemauert. Die schwache Vereitelung bei der Maifeier im Ruhrgebiet liegt an der Behandlung der Frage durch die Bergarbeiterzeitung. Noch niemals hat und wo Demonstrationen, wenn auch von noch so wenigen ausgeführt worden sind, da hat die Maifeier wahre edle Arbeitergestalt ausgelebt. Die paar Goldstücke, die wegen der Maifeier von den Gewerkschaften geschädigt. Es ist unmöglich, den Arbeitern ihre Ideale zu rauben. Schuldigkeit für die Gewerkschaft, das ist besser, als wenn Du plappert, was Dein großer Lehrer Dir eingeblasen hat und wenn Du Heiterkeit und Weisheit.)

Partels-Dortmund: Leimpeters hat hier geblickt. Immer wenn er eine kapitale Dummheit macht, folgt die Generalbesichte. Wenn er aber so weiter macht, so werden sich Anträge auf Abgabe von Redaktionen wiederholen. Sie sind bedauerlich, aber begreiflich, und schließlich wird eine Zeit kommen, wo sie die Majorität finden. Die Arbeiter wollen keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, das wollen nur Literaten vom Schlage Leimpeters. (Sehr richtig!) Vom Vorstand müssen wir verlangen, daß er sein Auftrittsrecht der Redaktion gegenüber wahrt und künftig verhindert, daß so geist mit der Dortmund „Arbeiterzeitung“ gewiss nicht durch die dumm und stelle als Parteigenosse die Sache stets über die Person. Aber wenn die „Arbeiterzeitung“ gegen die Äußerung Leimpeters in der Maifeierfrage protestiert hat, so gibt sie damit der allgemeinen Stimmung der Verbandsmitglieder Ausdruck. Mit dem Gewerkschaftskongress bin ich im allgemeinen einverstanden, mit der Äußerung über die Chinesen und Wotokuben hat aber Leimpeters einen großen Haufen geschossen. Nehmen Sie die Resolution gegen Leimpeters an, damit nicht der Verband für die Dummheiten Leimpeters verantwortlich gemacht wird. (Beifall.)

Janschet-Bodrum (Redakteur der Bergarbeiterzeitung): Selbst auch auf die Gefahr hin, als einer von denen angesehen zu werden, die „apportieren“ (überbringen), muß ich doch feststellen, daß Hue niemanden seine Meinung aufdrängt. Dies könnte ich eher von Hue andern sagen, die über Hue und Leimpeters kritisieren. Der Maifestikel hat dem Vorstande vor der Drucklegung vorgelegen, man wende sich darum auch gegen diesen. Was Leimpeters in Köln sagte, denken viele, nur haben sie nicht den Mut ihre Personmeinung zu sagen. Wollen Sie eine Maifeier im großen Umfang, so nehmen Sie den Antrag 357 an, der verlangt, daß für die Opfer der Maifeier (Gemasregelte und Ausgesperrte) aus Mitteln der Verbandskasse Unterstützung gezahlt werde. Damit ist die Redaktion einverstanden und wir werden so für die Maifeier agitieren können, wie Sie wünschen. (Beifall.)

Schröder-Tenckern erklärt, daß Leimpeters nicht die Stimmung der Verbandsmitglieder auf dem Gewerkschaftskongress zum Ausdruck gebracht hat. (Sehr richtig.)

Händmann-Siedlinghofen tritt gegen Leimpeters auf. Die Maifeier könne beiser werden, wenn nur kräftig dafür agitiert würde. Den Antrag 357 bitte er aber abzulehnen.

Borowski-Essen kritisiert, daß die Redaktion sich den Beschlüssen der vorigen Generalversammlung nicht gefügt habe. Der diesjährige Maifestikel konnte gerade so gut im Oktober erscheinen. Der Antrag 357 muß aber angenommen werden.

Hue stellt fest, daß er in Köln Pokorny ersucht habe, die Verbandsdelegierten zusammenzurufen, um sich vorher über die strittigen Punkte zu einigen. Pokorny habe das aber nicht getan und so verschuldet, daß unsere Delegierten nicht einheitlich auftraten. Nunmehr hierher zu kommen und über Leimpeters herzufallen, sei ungerecht und im höchsten Maße inkollektuell. (Sehr richtig!) Ebenso habe Partels überhaupt Verbandsangelegenheiten nicht behandelt, wer es dennoch tue, zeige wenig kollegialen Geist. (Sehr richtig!) Wenn ich reden wollte über Fähigkeiten und Leistungen derjenigen, die sich vorhin über Leimpeters „Dummheiten“ enthielten, so würde manchem anderen zuzurufen sein, er solle sich „auf den Hosenboden legen“ und studieren. Pokorny sagt, Leimpeters apportiere (überbringe) die Ansichten Hue's. Das ist nicht wahr. Leimpeters und ich sind durchaus nicht einer Meinung mit Pokorny, dann würde ich erzählen, wie er sich, als er einige Zeit in der Redaktion tätig war, im sogenannten „Schlepptau Hue's“ befand. (Große Heiterkeit.) Welche Ansichten er heute hier apportiert hat, mag merkwürdig bleiben. Nur nicht mit Steinen werfen, wenn man drücken zu weit ging, das muß uns genügen; in der Sache hat er nichts anderes gesagt, als was nach dem Amsterdamer Kongress eine Reihe sozialistischer Parteiführer geschrieben und was unsere Mitglieder sagen, wenn der Vorstand bei der Wahlkreiseinteilung nicht genau die Stärke der Mitgliedschaft berücksichtigt. Beschließen Sie doch ruhig im Sinne des Kölnner Kongresses, der für uns maßgebend ist. Überstimmen Sie dann auch dem Antrag 357 zu, der die Opfer der Maifeier aus der Verbandskasse unterstützen will. Beschließen wir etwas, so müssen wir auch für die Folgen aufkommen.

Linke-Dortmund spricht sich gegen die Neutralität der Gewerkschaften aus. Reichskanzler Wilow freue sich über die neutralen geteilten Meinungen sein, aber der nächste internationale Kongress wird ja darüber entscheiden.

Straube-Alfthaden verurteilt die Äußerungen Leimpeters in Köln. Auch in Oberhausen sei wegen der Maifeier Streit zwischen Gewerkschaftlern und Parteigenossen entstanden.

Hufmann-Bodrum ist mit der Beurteilung des politischen Massenstreiks, wie sie Wömelburg in Köln geübt, nicht einverstanden. Das Volk müsse zu den stärksten Kampfmitteln greifen, wenn ihm seine politischen Rechte durch einen Staatstreich geraubt werden sollten. Auch die Äußerung Legiens in der öffentlichen Sitzung des Kongresses: „die freien Gewerkschaften sind antireligiös, weil sie vernünftig sind“, ist zu verurteilen. Unser Verband schließt die parteipolitische und religiöse Diskussion innerhalb der Organisation aus, weil Parteipolitik und Religionsdingen Sache besonderer Organisationen sein müssen. Wir haben wer weiß wie viele Kameraden, die religiös gefärbt sind, deswegen kann man sie aber doch nicht unvernünftig nennen. (Sehr richtig!) Ein Mann in solcher Stellung wie Legien sollte schon, um den Gewerkschaften in Westdeutschland die Agitation nicht zu erschweren, seine Äußerungen besser überlegen. (Bravo!)

Fünfter Tag.

Berlin den 14. Juni.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die Vorschläge für die Vorstandswahl vorgenommen. Die Wahl wird per Stimmentzettel stattfinden. Sodann wird die Diskussion über das Referat Leimpeters fortgesetzt.

Gärtner-Sentenberg kann die Stellung der Redaktion sehr wohl begreifen. Die Maifeier läßt sich nicht so durchführen, wie die vorgelagerten Anträge wollen. Wollten wir für Arbeitsruhe agitieren, genügt feierten tausende auch bei uns. Aber gerade im Mai ist im Braunkohlenbergbau eine harte Zeit, die Unternehmer würden im eigenen Interesse die Maifeiertage sticht aussperrten. Wollte

die Verbandskasse diese Ausgesperrten unterstützen, dann wäre unsere Kasse bald leer. Haben denn diejenigen, die hier gegen Leimpeters auftraten, schon selbst den 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen? Lassen wir unsere Beschlüsse recht vorstehen.

Joemann-Alfthaden ersucht, den Antrag 317 anzunehmen. Wenn wir von der Redaktion verlangen, daß sie für Arbeitsruhe am 1. Mai agitiert, so müssen wir auch für die event. Opfer aufkommen. **Behring-Wattenfeld** bedauert, daß diese Debatte so viel Zeit fortfühme, die besser auf wichtige Verbandsangelegenheiten verwendet nicht auf den Verbandstag. Es gibt Leute, die für die Maifeier eintreten, aber am 1. ruhig arbeiten.

Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, verteidigt seine Äußerung auf dem Kölnner Kongress, daß wenn die Mitglieder der Gewerkschaften antireligiös seien, sie es deswegen seien, weil es vernünftige Menschen geworden sind. Seine Äußerung wäre aus dem Zusammenhang gerissen worden, nachdem er nachgerufen hätte, daß die christlichen Gewerkschaften nur zugunsten der Unternehmern gegündet seien. Aber im übrigen sei sie wahr, und in der Agitation müßte auch in bezug auf die religiösen Fragen ausgesprochen werden, was ist.

Wagner-Essen: Wenn wir konsequent für die Arbeitsruhe eintreten wollen, müssen wir auch den Antrag auf Unterstützung der Gemasregelten annehmen, aber dann können wir auch gleich Konkurs anmelden. Ich bitte den Antrag anzunehmen, den Verbandsmitgliedern in Essen, die sich am 1. Mai an der Maifeier beteiligten, die Kosten des persönlichen Strafmandats (15 Mark) zu ersetzen.

Schäpe bemerkt gegenüber Legien, was ehrlich sei, befrage unser Statut: „Innerhalb des Verbandes sind parteipolitische und religiöse Diskussionen nicht gestattet.“ Was außerhalb des Verbandes geschehe, ginge ihm nichts an. Wenn Arbeiter sich durch wissenschaftliche Fortschritte zum freien Denken emporschwingen, könnten sie keine Pfaffenluchter mehr sein. Religiösität sei aber nicht dasselbe wie Pfaffenluchter. Der Antrag von Essen müsse abgelehnt werden, weil die Kameraden sich, ohne die Verbandsleitung zu fragen, an dem 1. Mai an der Maifeier beteiligten. Die Strafmandate könne der Verband nicht zahlen. Ebenso müsse der Antrag 357 abgelehnt werden, weil, wenn die Verbandskasse zur Auszahlung von Gemasregeltenunterstützung an eventuelle Opfer verpflichtet würde, die Kasse wohl Bankrott machen könnte. Die Vergleiche könnten sich vielfach an der Maifeier beteiligen, ohne eine Schicht zu verpielen.

Die Debatte wird geschlossen. Das Schlusswort erhält

Leimpeters: Somit wäre das Scherbengericht bis auf die Urteilsprechung beendet. Zu meiner Verteidigung noch einige Worte. Ich habe gestern Bericht erstattet vom Gewerkschaftskongress in Köln und habe dabei alle Verhandlungen dieses Kongresses gestreift und seine Beschlüsse mitgeteilt. Darunter befand sich der Bericht der Generalkommission, ihre Stellungnahme zu der Frage der Unterstützungsfrage. Beschaffung von Potaten in solchen Gegenden, wo uns Wirtschaftskrisen nicht zur Verfügung stehen, Anstellung von Sekretären, besonders der Antrag betr. die Anstellung eines Sekretärs für Rheinland-Westfalen; dann die Verhandlungen über die Stellungnahme zur Aufbringung von Streikunterstützung, die gefassten Beschlüsse hierzu; die Stellung der Gewerkschaftskomitee beim Einmarschieren von Geldern. Weiter habe ich mitgeteilt den Bericht des Zentralarbeitssekretariats und die hochwichtigen Verhandlungen über das Konium- und Genossenschaftswesen, was für die Gewerkschaften von so eminenten Bedeutung ist, daß ich darüber eine ausführliche Ansprache erwartet hätte, zu der ich ja auch aufforderte; dann die Arbeiter- oder Arbeitskammern und schließlich den Generalstreik. Aber in der langen Debatte, die nun fast einen vollen Tag ausgefüllt hat, ist kein Delegierter auch nur mit einem Wort auf diese Fragen eingegangen, sondern alle sprachen nur von der Maifeier. Demnach hängt tatsächlich unser ganzes Wohl und Wehe von der Maifeier ab und so wünsche ich, daß sie nächstes Jahr in großartigem Stil gefeiert wird, damit alle Bergleute glücklich werden. Die Delegierten haben aber auch gezeigt, wie wenig Interesse sie für tatsächliche Gewerkschaftsfragen haben und niemand wird behaupten, daß diese Generaldiskussion auf der Höhe der Zeit gefunden hätte. Am meisten wundere ich mich über Freund Pokorny, der, anstatt daß er in häuslicher, recht unkameradschaftlicher Weise über mich herfiel, lieber wichtige Gewerkschaftsfragen hätte behandeln sollen. Er würde gut tun und setzen sich noch recht lange auf seinen Hosenboden und studierte erst die Aufgaben der Gewerkschaften. Pokorny sagte, mein Auftreten in Köln sei derart gewesen, daß er sich geschämt hätte, mit mir an einem Tische zu sitzen. Dabei saß ich in Köln am Richterstatter Tisch, also gar nicht bei Pokorny, folglich brauchte er sich doch nicht zu schämen über Leute an seinem Tische, aber abends am Viertisch saß derselbe Pokorny recht gerne neben mir. (Heiterkeit.) Man hätte zweimal gegen meine Ausführungen in Köln Stellung nehmen müssen. Bezüglich meiner Ausführungen, daß die Ruhrbergleute beim Streik sich auch der Sympathie eines Teiles der Regierung erfreuten, ist auch heute noch meine Meinung, aber nach der Logik Pokornys darf man gegenüber der Regierung und den Unternehmern nicht ehrlich sein, sondern muß unter allen Umständen schmeicheln. Als „Literat“ sollte ich doch so schreiben, daß man Gefallen daran hätte. Ich hoffe, daß Pokorny seine Worte selbst befolgt, denn an dem, was er bis jetzt geschrieben hat, haben wir verächtlich wenig Gefallen gehabt. Darum soll ich alles, was ich schreibe und sage, von meinem „großen Behrmeister“ apporziert haben, so verballhorniere ich die Aufschauungen meines großen Meisters, daß dieser keine Freude daran hat. Damit besagt Pokorny, daß die Verbandsbeamteten sämtlich nur Schafsköpfe sind, die Hue apportieren und davon ist Pokorny sicherlich nicht der kleinste. Es ist aber falsch, wenn behauptet wird, ich füge mich stets und unter allen Umständen den Meinungen Hue's. Wir haben über einzelne Fragen öfter Auseinandersetzungen, doch will ich ehrlich zugeben, daß ich in den meisten Fällen meine Anschauungen den Hue'schen unterordne. (Hört, hört!) Der Klügere gibt eben nach. (Stürmische Heiterkeit!) Partels sprach von einer Kapitaldummheit, die ich gemacht habe. Ich gebe zu, daß ich schon viele Dummheiten gemacht habe und noch machen werde, denn wer noch keine Dummheit gemacht hat, hat überhaupt noch nichts gemacht. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Aber der Kapitaltschlauberger Partels wird in punkto Dummheiten machen stets über mich den Rekord schlagen. (Stürmische Heiterkeit.) Urteilen Sie nicht nach dem Ausspruch in Köln, von Partels seinen „Wotokuben“, sondern nach meiner ganzen Tätigkeit und demgemäß stimmen Sie nachher. (Beifall!)

Hue gibt vor der Abstimmung namens der Redaktion folgende Erklärung ab: Wollen Sie, daß wir in der Zeitung im Sinne der Erweiterung der Maifeier schreiben, gut, es soll geschehen. Aber Sie müssen dann auch den Antrag, die Maifeieropfer aus der Verbandskasse zu unterstützen (Antrag 357), annehmen. Wir dürfen die Kameraden nicht in's Feuer jagen und sie hernach im Stich lassen. Das wäre ein Verbrechen. Also sind wir für eine umfangreiche Maifeier, dann lassen sie sich dieselbe auch etwas kosten, damit die Redaktion gewissenhaft agitieren kann.

In der nun folgenden Abstimmung wird der **Essener Antrag** (Zahlung des Strafmandats) mit großer Mehrheit **abgelehnt!** Es kommt nunmehr folgende Resolution zur Abstimmung:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Standpunkt der Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress in Köln einverstanden. Nur den Standpunkt des **Delegierten Leimpeters** in der Maifeierfrage heißt sie nicht gut.“

Ueber den **letzten Satz** wird namentlich abgestimmt, er wird gegen 46 Stimmen und eine größere Anzahl von Stimmenthaltungen **abgelehnt!** im übrigen wird die Resolution **angenommen.** Der **Antrag (357)**, daß die wegen der Maifeier gemasregelten Mitglieder eine **Gemasregelten-Unterstützung** erhalten sollen, wird in namentlicher Abstimmung gegen 29 Stimmen **abgelehnt!**

Die Anträge, am 1. Mai mehr Propaganda für die Arbeitsruhe und Beteiligung an der Mafseier zu machen, und den 1. Mai als Ruhetag zu proklamieren und dementsprechend in der „Vergarbeiter-Zeitung“ dafür Propaganda zu machen, sowie die Resolutionen Gemeinheits, die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht obligatorisch zu machen und keine Unterstützung wegen Maßregelungen von Verbänden wegen zu zahlen, wurden durch die vorangehende Abstimmung für erledigt erklärt. Schließlich erklärt sich die Generalversammlung mit der Erklärung Wimmelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongress einverstanden, daß in der Frage der Mafseier bis zum nächsten internationalen Kongress die Beschlüsse des letzten internationalen Kongresses in Amsterdam auch für die Gewerkschaften maßgebend seien.

Veratung des neuen Statuts

Die Statutkommission hat in den verfloffenen zwei Tagen während wiederholter Sonderberatungen den Vorstandsentwurf und alle dazu gestellten Anträge beraten.

Polorny Amokan als Referent der Statutkommission, erläutert deren Arbeiten. In allen Hauptpunkten sei fast völlige Einstimmigkeit erzielt worden. Jeder habe etwas nachgeben müssen, um nicht durch Eigenwilligkeit das gute Werk zu hindern. Die Kommission hat einstimmig die Statutentwürfe abgelehnt und sich für einen Wochenbeitrag von 40 Pf. erklärt. Sie hat den wichtigsten Satz der Arbeitslosenunterstützung auf 1 Mk. pro Tag normiert und beschlossen, nach dreijähriger Mitgliedschaft 1,20 Mk., nach fünfjähriger 1,40 Mk. Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, während dieser Höchststand nach dem Vorstandsentwurf erst nach zehnjähriger Mitgliedschaft erreicht worden wäre. Nach bei der Notunterstützung ist die stufenförmige Unterstützung von der Kommission gestrichen und beschlossen worden: Die Notunterstützung wird bei einer mehr als 14 Tage dauernden Krankheit, also von Beginn der dritten Woche an, in Höhe von 3 Mk. wöchentlich oder 50 Pf. täglich gewährt. Wir bitten die Vorschläge der Kommission anzunehmen.

Die Diskussion war wenig umfangreich. Alle Redner erklärten, nachdem in der ersten Debatte über das Statut so zahlreiche Delegierte gesprochen und nun die Kommission abermals die Anträge reiflich erwogen, werde jeder wissen, wie er zu stimmen habe.

Bei der jetzt vorgenommenen Abstimmung wurde zunächst über jeden Paragraphen einzeln abgestimmt. Alle wurden mit über zweidrittel Majorität angenommen. In der Schlussabstimmung wurde das ganze Statut fast einstimmig angenommen!!! (Lebhafte Beifall.)

Da wir das ganze Statut hier nicht abdrucken können, wollen wir nur die Hauptpunkte anführen:

1. Der **Wochenbeitrag** wird einheitlich auf 40 Pf. festgesetzt. Die während ihrer Mitgliedschaft erwerbsunfähig gewordenen Kameraden zahlen nur 10 Pf. pro Woche, erhalten dafür Rechtschutz, Verbandszeitung und Sterbegeld.
2. Die **Arbeitslosenunterstützung** wird **erhöht** auf 6-8,40 Mk. (früher 4,80-7,20 Mk.) pro Woche und insgesamt auf 48-67,20 Mk. (früher 33,40-57,60 Mk.)
3. Die **Gemafregelnunterstützung** wird auf 12 Mk. pro Woche und für jedes Kind 1 Mk. extra (früher 50 Pf.) festgesetzt.
4. **Streitunterstützung** wird nach Maßgabe der Kassenverhältnisse und in Sinne des Streitreglements gezahlt.
5. **Sterbegeld** wird für Mann und Frau je 60 Mk., zusammen also, wenn die Frau vorher stirbt, 120 Mk. gezahlt.
6. **Krankengeld** wurde die **Notunterstützung** bei Krankheitsfällen, die das Mitglied nach 14 Tage Krankheitszeit erhält bis zum Ablauf der gesetzlichen Krankengeldbezugszeit. Die Unterstützung beträgt pro Krankentag 50 Pf. oder 3.- Mk. pro Woche. Also kann das Mitglied, sofern die Krankheit so schwer ist, 24 mal 3,60 Mk. gleich 72 Mk. **Notunterstützung** beziehen! Damit kann manche bittere Not gelindert werden und besonders den Hausfrauen wird dieses Geld hochwillkommen sein. Den erwerbsfähigen Invaliden, die aber nicht mehr der knappschaftlichen Krankenkasse angehören, wird das ärztliche Attest, auf Grund welches sie die Notunterstützung erhalten können, aus der Verbandskasse bezahlt. So günstige Bedingungen bietet keine andere Organisation.
7. Die Beiträge an die **Gewerkschaftskarte** zahlt die Zentralkasse, wenn der Beitrag pro Quartal nach Mitglied 10 Pf. nicht übersteigt und sofern die Zahlstelle nicht über eine Stunde vom Sitz des Kartells entfernt liegt.
8. Die **Generalversammlung** findet alle 2 Jahre statt; je 1000 Mitglieder wählen einen Delegierten. In den zwischenliegenden Jahren finden nach Bedarf **Revierkonferenzen** statt, wozu je 500 Mitglieder einen Delegierten entsenden.
9. Die **Zeitungsaboten** erhalten monatlich pro zahlendes Mitglied bis zu 10 Pf. Entschädigung. Kassieren sie auch die Beiträge ein, so erhalten sie pro einfließendem Beitrag am Monatschluß noch bis zu 5 Pf. extra.
10. Das **neue Statut tritt am 1. Oktober 1905** in Kraft. Alle dann vorhandenen Verbandsmitglieder erhalten ihre bisherige Mitgliedschaft angerechnet und treten damit sofort (also ohne daß sie vorher den höheren Beitrag zahlten) in den Genuß der Notstands-(Kranken)-Unterstützung!

Mit der Einführung dieses Statuts hat der Verband einen kühnen Schritt vorwärts getan. Er wird leistungsfähiger als Kampforganisation und bietet andererseits den Mitgliedern für die Mehrleistungen auch viel höhere Vergünstigungen. Jetzt heißt es, die neuen Einrichtungen gut ausbauen und alle Kameraden über die neuen und vielen Vorteile des Verbandes aufzuklären.

Die Generalversammlung nahm hierauf entgegen das Referat über

Internationale Arbeiterbewegung.

Kamerad **Nähler** als Referent bedauerte lebhaft, daß es noch immer nicht gelungen sei, ein internationales Sekretariat zu bekommen. Das habe sich beim Generalkongress in Ansbach schwer gerächt. Hauptursächlich sei die englische Delegation Gegner des Sekretariats gewesen, während die Deutschen und Oesterreicher es beantragten. Wenn auf dem diesjährigen Kongress in Bittlich der deutsche Antrag auf Schaffung eines internationalen Sekretariats wieder abgelehnt würde, sollten sich die Deutschen und Oesterreicher mit den Franzosen und Belgiern zu verständigen versuchen. Wäre auch das fruchtlos, so sei eine weitere Beschickung der internationalen Vergarbeiterkongresse überflüssig. In diesem Sinne habe er eine Resolution abgefaßt, um deren Annahme er bitte. Er beantrage, den Bittlicher Kongress mit 10 Delegierten zu beschicken. Da er dem 1907 in Stuttgart stattfindenden internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress über die Mafseier berichten würde, an der, wie diese Generalversammlung lehre, der Verband auch sehr interessiert sei, so beantrage er auch, den Stuttgarter internationalen Kongress zu beschicken und zwar durch drei Delegierte. Wo über die Interessen des Vergarbeiterverbandes beraten würde, da wollen wir auch mit dabei sein. (Beifall.)

Da mittlerweile die Schlußstunde herbeigekommen, wird die Diskussion über das Referat Nähler auf morgen vertagt.

Witt-Stoppenberg und **Herr Niethe**-Berlin (Vorsitzender des Arbeiterabteilensbundes) begründen noch den Antrag (Str. 384 aus **Kranz**), der die Agitatoren des Verbandes verpflichtet will, gegen den **Mißbrauch des Alkohol**s aufzutreten. Der Antrag wird angenommen. Hierauf Schluß der Sitzung.

Sechster Tag.

Berlin, den 15. Juni.

Indem Kamerad **Sachse** die Sitzung eröffnete, teilte er auch mit, daß in **Garble** bei Helmstedt fünf Kameraden in der Grube

verschüttet und als Leichen zutage gefördert wurden. Die Delegierten erheben sich zu Ehren der Vermissten von ihren Sitzen.

Es wird die Diskussion über das Referat Nähler eröffnet. **Schroder**-Bochum ist gegen den Schluppassus der von Nähler eingebrachten Resolution, welcher besagt, daß von einer Beschickung der internationalen Kongresse Abstand genommen werden soll, falls auch dieses Jahr ein internationales Sekretariat abgelehnt würde. Man solle nicht vergessen, daß die deutschen Vergarbeiter den englischen für manche Vorsehung und Unterstützung dankbar sein müßten. Eine internationale Führung unter den Arbeitern müsse unbedingt bestehen, selbstverständlich geschehe dies durch das internationale Sekretariat am vorteilhaftesten. Wenn auch einige Mißverständnisse die Schaffung eines solchen Sekretariats bisher vereitelt haben, so glaubt Redner, daß der Streit uns auch in dieser Beziehung gebiet habe.

Hie, der sich Schwabers Anschließungen anschließt, beantragt, den erwähnten Schluppassus zu streichen und dem Vorstände zu überlassen, ob von Fall zu Fall ein Kongress zu beschicken sei. Er empfiehlt den Kameraden das Studium der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Obert-Oesterreich erklärt, die internationalen Kongresse würden diesjährig von ihnen der Kosten wegen nicht beschickt, hält aber eine Verständigung der einzelnen Nationen für durchaus notwendig. Sollte ein Beamter zur Beschickung der internationalen Korrespondenz angestellt werden, so werden die Oesterreicher zu den Kosten beitragen.

Dire-Pohl glaubt nicht an eine Verständigung mit den Engländern. **Meis**-Gelsenkirchen ist für Weiterbeschickung der Kongresse. Sie seien unbedingt nötig. — **Schollhies**-Venken vertritt denselben Standpunkt.

Die Diskussion wird geschlossen. **Nähler** vertritt seinen Standpunkt nochmals im Schlußwort, dann wird folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit internationaler Verständigung unter den Arbeitern an und empfiehlt den Verbandskollegen Deutschlands die Beschickung des diesjährigen Kongresses in Bittlich. Der Vorstand darf zur Pflege der internationalen Verbindung finanzielle Mittel der Organisation verwenden. Sollte der diesjährige Kongress wiederum seinen alten Standpunkt einnehmen und das internationale Sekretariat ablehnen, so überläßt es die Generalversammlung dem Gesamtvorstande zu entscheiden von Fall zu Fall, ob die Beschickung des internationalen Kongresses zu empfehlen ist.

Beschlossen wird, den internationalen Vergarbeiterkongress 1906 mit zehn, den internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart mit drei Delegierten zu beschicken.

Kamerad **Sachse** hält nun sein Referat über den

Stand der deutschen Vergesetzgebung.

Da auch dieses Referat laut einstimmigen Beschluß der Generalversammlung besonders in Broschürenform herausgegeben wird, können wir auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichten. In treffender Weise schilderte der Referent die schmähliche Rolle, die das Zentrum bei der Verschlechterung der Regierungsvorlage und der Ablehnung der Arbeiteranträge im Landtage spielte. Das Referat wurde mit starkem und wiederholtem Beifall aufgenommen.

Einstimmig gelangte zur Annahme folgende Resolution:

„Die General-Versammlung kann die Vergesetznovelle, wie sie von der Regierung und dem Preuß. Abgeordnetenhaus gestaltet worden ist, nicht einmal als Vorschlagszahlung an die Vergarbeiter betrachten, sondern empfindet die Verhandlung der Vergarbeiterzuschlaggebung durch die gesetzgebenden Faktoren als Verhöhnung der Arbeiter und wünscht, daß das Herrenhaus das Gesetz verwirft, damit die Materie durch Reichsgesetz geregelt wird.“

Wir halten vor wie nach an den Forderungen fest, welche die Ende März in Berlin tagende gemeinsame preussische Vergarbeiter-Konferenz aufgestellt hat und betonen ausdrücklich, daß diese Forderungen — niedergelegt in dem Protokoll des Vergarbeiter-tages — als das Mindeste bezehnet werden müssen, was wir Vergarbeiter jetzt von der Gesetzgebung zu verlangen berechtigt sind und was ohne jede Schädigung der Industrie bewilligt werden kann.

Die Bestimmung über die **Schlichtzeit** ist nicht nur ganz ungenügend, sondern wird infolge der lauschulartigen Fassung auch zu starken schweren Kämpfen führen.

Das beschlossene Verbot der **Ueberschichten** vor Orten mit + 28 Grad Celsius ist Blendwerk, denn es hält dort so wie so niemand länger aus.

Da der **Wagenkontrollleur** nach § 80e jederzeit durch Ablegung seitens der Werkverwaltung seines Postens entbunden werden kann, wird er nur ein Spielball in den Händen der Werksbeamten sein. Die **Arbeiterausschüsse** hat der Landtag nicht nur ganz rechtlos gemacht, sondern sie sind zu Hilfsstruppen der Unternehmer ansersehen, wie aus § 80f hervorgeht.

Der **„Gesundheitsbeirat“** ist nichts weiter als ein Schaustück. Durch das **Verwaltungsstreitverfahren** und die Einführung eines „**Vergaußschusses**“ ist der Einfluß des Unternehmertums noch verstärkt worden.

Wir protestieren gegen ein solches Gesetz und verlangen von der Regierung, daß sie, um ihr Wort voll und ganz einlösen zu können, dem Reichstag einen entsprechenden Entwurf vorlegt.

Auch in Bezug auf die **Knappschafftsklassen-Reform** verlangen wir, daß das was die preussische Vergarbeiter-Konferenz in ihrer Resolution betreffs des Knappschafftswesens niedergelegt hat, reichsgesetzlich geregelt wird.“

Beschlossen wurde noch (bei dieser Abstimmung enthielten sich sämtliche Verbandsangestellte der Stimmenabgabe) eine von der Statutkommission ausgearbeitete Gehaltskala, damit eine einheitliche Gehaltszuzimmung stattfindet. Das Gehalt der Verbandsangestellten richtet sich nach Dienstjahren. Es beträgt: 1. Für die Angestellten in der Zentralverwaltung, Redaktion und Arbeitersekretariate: Im ersten Jahre 1920 Mark, steigend in den ersten fünf Jahren um jährlich 100 Mark, in den folgenden um jährlich 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2640 Mark pro Jahr. 2. Für die Gauleiter: Im ersten Jahre 1680 Mark, steigend um 100 Mark jährlich in den ersten fünf Jahren, in den folgenden um 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2300 Mark pro Jahr. 3. Für die Hilfs-Expeditions- und eventuell Lokalangestellten: Im ersten Jahre 1680 Mark, steigend in den ersten drei Jahren um 100 Mark jährlich, in den folgenden um 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2100 Mark pro Jahr. Den **Bezirksleitern** steht pro Monat bis zu 20 Mark als Auszahlung zu. Die Dienstzeit, welche ein Angestellter in unserem Verbands- oder in anderen Verbänden oder Sekretariaten bisher zugebracht hat, wird mit angerechnet. Solche Angestellte, die jetzt nach ihren Dienstjahren weniger erhalten als obige Skala ergibt, erhalten ihr Gehalt entsprechend erhöht, hingegen solche, deren Gehalt jetzt höher ist, erhalten erst dann wieder Zulage, wenn sie nach obiger Skala solche zu erhalten haben. Angestellten, welche große Nachlässigkeit zeigen oder sich verschiedene Verstöße zuschulden kommen lassen, kann durch Vorstandsbefehl die Gehaltszuzimmung verweigert werden. Derselben können sich eventuell beim Kontrollauschuss beschweren, welcher dann einer Sitzung der Gesamtverwaltung die Sache zur nochmaligen Beschlußfassung unterbreiten kann. Unfallrenten, Pensionen und sonstige feste Einnahmen werden in den ersten drei Jahren bis zur Hälfte und dann voll auf obige Gehaltshöhe angerechnet. Dieser Vorschlag wird unverändert gegen acht Stimmen angenommen.

Zugewiesen ist die hierfür eingesezte Kommission mit der Fählung der für die Wahl der **Vorstandsmitglieder** abgegebenen Stimmzettel fertig geworden.

Gewählt wurden in den engeren Vorstand **Sachse**, **Schroder**, **Hufemann**, **Horn**, **Böhm**, **Waldeder**; in den Beratungsausschuss **Kochmann**, **Brothe**, **Jungesblut**, **Gall**, **Klare**, **Schnepel** und **Fischer**; in den Kontrollauschuss **Nähler**, **Wiesener**, **Gaselhorst**, **Munsbed**, **Vinke**, **Himmel**, **Firsch** und **Kautsch**. — Zum Redaktent wurde **Bue** gewählt, sieben Delegierte stimmten gegen ihn.

Angenommen wurde noch eine von **Schulte-Grabbed** begründete Protestresolution gegen die Ausweisung von österreichischen Kameraden, die sich dem Verbands anschließen. Wenn man zulasse, daß die Kameraden aus ihrer Heimat durch falsche Vorpiegelungen in das Ruhrgebiet gelockt würden, so müsse man ihnen auch das Vereinsrecht zugesprochen. (Lebhafte Zustimmung.)

Beschlossen wurde, die spätere Generalversammlung in der Woche abzuhalten, in die das Himmelfahrtst fest fällt. Die nächste General-Versammlung findet 1907 in **Bochum** statt. — Das Referat **Polorny** über **Geding** ergewesen und **Minimallohn** fällt aus wegen der vorgefertigten Zeit.

Damit sind die Arbeiten der General-Versammlung erledigt. In seinem Schlußwort wußt

Kamerad **Schroder** einen Überblick auf die Verhandlungen. Sie seien eifrig und gründlich geführt worden. Wenn auch hier und da einige Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, in der Hauptsache sind sich die Delegierten doch einig. Wenn die Delegierten in die Heimat zurückkommen und Bericht erstatten, so mögen sie überall die Begeisterung für die Stärkung des Verbandes wecken, und überall muß gearbeitet werden an der Durchführung der hier gefaßten Beschlüsse. Unt jeder seine Schuldigkeit, dann wird unser Vergarbeiter-Verband wachsen, blühen und gedeihen. Glück Auf! Die General-Versammlung ist geschlossen. (Lebhafte Beifall.)

Die Delegierten singen stehend das von **S. Kämpchen** gedichtete Lied: „Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht...“

Die „**Rdn. Volkstztg.**“, ein Hauptorgan für die Forderung der katholischen Arbeiter, bringt einen mit Schimpereien gegen den Kameraden **Sachse** gespickten Artikel über unsere Generalversammlung. Das Zentrumorgan dreht **Sachse** die Worte im Munde herum indem es schreibt, **Sachse** habe die „christlichen Vergleute dumme gescholten.“ Das Gegenteil ist Wahrheit! **Sachse** hat ausgesprochen, daß die Zentrumspartei schäbe die christlichen Vergleute so dumm ein, daß sie versuche, den Vergleuten weiß zu machen, die Vergesetznovelle bringe ihnen „große Vorteile.“ Gerade **Sachse** hat dann konstatiert, daß sich die Vergleute alle Michtungen nicht überblühen lassen, sondern das Zentrumsmachwerk verurteilen. Auf unserer Generalversammlung ist kein verkehrendes Wort gegen die Vergesetzgenossen in der anderen Organisation gefallen. Dieses aber paßt den Demagoguen und Arbeiterzerpflütern durchaus nicht in den Kram. Darum möchten sie gern durch eine nette Ullgezei die Arbeiter erneut verheizen. Spiegelberger, wir kennen euch!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1904. Der nach dem bestimmten Krach auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach im Jahre 1903 in Dresden gegründete Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sich während der kurzen Zeit seines Bestehens rasch entwickelt. Er repräsentiert in Deutschland die eigentliche systematische Konsumereibewegung. Das Sekretariat des Zentralverbandes hat soeben einen Rechenschaftsbericht auf das verfloffene Jahr herausgegeben. Demnach gehörten Ende 1904 dem Zentralverband 760 einzelne Vereine an (die Zahl ist unterdessen auf 800 gestiegen), die insgesamt 640 588 Mitglieder hatten. Das ist eine Steigerung der Mitgliederzahl des Zentralverbandes um 74 180 gegen das Vorjahr. Die Zahl der beschäftigten Personen ist von 7021 auf 8281 gestiegen. Der Gesamtumsatz erhöhte sich von 176 450 549 auf 202 646 189 Mk. In eigener Produktion wurden für 17 002 088 Mark Waren hergestellt. Das eigene Kapital erfuhr einen Zuwachs von 17 1/2 Millionen auf 19 1/2 Millionen Mark. Der Reingewinn betrug 1 3/4 Millionen Mark, wozu 14 914 000 Mark an die Mitglieder zurückvergütet wurden. — Interessant ist eine Statistik über die Verufe der Mitglieder, die sich auf rund 500 000 Personen erstreckt. Danach entfallen auf: selbständige Gewerbetreibende 44 283, selbständige Landwirte 10 289, freie Verufe, Erwa- und Gemeindevorstande 80 122, ohne bestimmten Beruf 88 876, Lohnarbeiter aller Art rund 374 000, weibliche Mitglieder 67 285. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der letzteren um weit über das Doppelte stieg, während die Zahl der männlichen Mitglieder in der Gruppe der gegen Lohn und Gehalt beschäftigten sich entsprechend verringert. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß vielfach in Staats- und Gemeindebetrieben den Angestellten die Mitgliedschaft in einem Konsumverein verweigert wird und an ihrer Stelle die Frauen Mitglieder werden. So zeigt sich auch diese Gewaltmaßregel gegen die Konsumvereine im wesentlichen als ein Schlag ins Wasser. Das Rückgrat der Konsumereibewegung bilden die Lohnarbeiter, in dem einen Bezirk mehr, in dem andern weniger. Um der vielfach verbreiteten ertümelichen Auffassung zu begegnen, daß die Konsumvereine keine Steuern zu zahlen brauchen, sei erwähnt, daß die Vereine des Zentralverbandes 1904 nicht weniger wie 1 330 000 Mark Steuern an Staat und Gemeinde zu zahlen hatten. Zu Umfag- oder andern Sondersteuern liegt also wirklich kein Anlag vor. Bemerkenswert ist auch, daß von dem erzielten Reingewinn 300 457 Mark zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken gegeben wurden.

Aus den Bergschiedsgerichten.

Delmbü. Am hiesigen Bergschiedsgericht standen am 6. Juni vier gegen die Verufsgenossenschaft (Sektion VII) gerichtete Klagenachen zur Verhandlung. Der Vergarbeiter E. von Delmbü, der eine Kopferverletzung erlitten, durch die er jedoch nicht in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt wurde, zog, nachdem der Vorsitzende ihn belehrt hatte, seine Verufung zurück. — Der Vergarbeiter K. von Heimbach erhielt für einen im Betriebe abgeworfenes Fingerring der linken Hand zuletzt noch eine Rente von zehn Prozent, die ihm auf Grund eines ärztlichen Attestes entzogen wurde, wogegen er aber Verufung einlegte. Der Vertrauensmann der Verufsgenossenschaft versprach ihm unter Vorbehalt der Zustimmung des Sektionsvorstandes eine Abfindung für ein Jahr, worauf Kläger jedoch nicht einging. Das Schiedsgericht beschloß nunmehr ein Obergutachten von Herrn Professor Karg in Bismarck einzuholen. Das so beschickte Gutachten zeigte sich auch in diesem Falle, unter Verufung auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, daß der Verletzte seinen früheren Lohn wieder verdiene und an das Fehlen des Fingerrings gerührt sei. — Von anderen Verufsgenossenschaften werden derartige Fälle entschieden. — Für die Verletzten ist es aber besonders nachteilig beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses, da sie als Vergarbeiter ein neues ärztliches Zeugnis beibringen müssen, bevor sie anderweit angelegt werden, was in Ermangelung von fehlenden Blättern oft nicht zu erlangen ist, ganz abgesehen von dem Schaden bei Pensionierungen. — Der Vergarbeiter H. in Söhndorf hatte am 5. September 1902 einen Unfall erlitten, wobei er außer Quetschungen an Kopf u. d. rechten Brustseite einen Bruch des rechten Oberarmes davontrug. E. nahm damals die Arbeit vor und die Verufung der 13. Krankenswoche wieder auf und beanspruchte keine Unfallentschädigung. Am 3. September 1904 erlitt E. einen zweiten Unfall, wodurch eine Muskeldehnung rechtseits und ein Lungenleiden entstand, wodurch Kläger bis zum heutigen Tag gänzlich arbeitsunfähig ist. Auch hatte sich auf der rechten Brustseite ein großer Karbunel gebildet. Der behandelnde Arzt, Herr Dr. Jabob in Söhndorf, bringt in seinem Gutachten beide Unfälle in Zusammenhang und hält — persönlich im Termin erschienen — seine Ansicht aufrecht, während Professor Karg von Bismarck dies nicht zugibt, aber auch nicht bestritt. Das Schiedsgericht beschloß, falls die Verufsgenossenschaft den Zusammenhang beider Unfälle mit dem Lungenleiden nicht anerkennt, ein Obergutachten von Professor Hofmann in Leipzig einzuholen. S. wurde durch seine Frau vertreten. — Die Klage des Vergarbeiters H. aus Niederbrunn, welcher nach ärztlichen Zeugnissen an Neurasthenie leiden soll, wurde wiederholt abgewiesen, weil H. sich nicht in die Krankenheilanstalt Stötteritz begeben will.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ueber die ober-schlesische Bergwerks- und Hüttenindustrie im Jahre 1904 bringt der Bericht des ober-schlesischen Untertagevereins umfangreiche Angaben. In erster Linie beschäftigt sich derselbe mit den Steinkohlengruben. In der Statistik sind diesmal 58 Gruben, gegen 57 im Vorjahre, aufgeführt. Dampfmaschinen sind nachgewiesen 1310 mit 176 898 Pferdekraften gegen 1821 Maschinen mit 164 920 Pferdekraften im Jahre 1903. Während also die Zahl der Dampfmaschinen zurückgegangen ist, weisen die Pferdekraften eine Zunahme von 8,7 Prozent auf. Diese Veränderungen sind die Folge des Ueberganges zum elektrischen Einzelantriebe und zum Bau großer Einheiten in den Kraftzentralen. Aus der Leistung der vorhandenen Dynamos — 26 449 Kilowatt — berechnet sich die zum Antriebe derselben erforderliche Betriebskraft zu rund 40 000 Pferdekraften; es wird also fast der viertheil Teil der nachgewiesenen Dampfmaschinenkraft zur Erzeugung elektrischen Stromes verwendet. Die zunehmende Bedeutung des elektrischen Antriebes ergibt sich ferner aus der Gegenüberstellung der Zahl und der Leistung der Elektromotoren im Berichtsjahre und im Vorjahre: 1903: 475 Elektromotoren mit 20 170 Pferdekraften, 1904: 645 Elektromotoren mit 29 084 Pferdekraften; Zunahme gegen das Vorjahr: 170 Elektromotoren mit 8915 Pferdekraften, in Prozenten: 35,8 Elektromotoren mit 28,5 Pferdekraften. An Arbeitern wurden in den Jahren 1903 und 1904 auf den ober-schlesischen Steinkohlengruben beschäftigt: 1903: 77 990 (1904: 78 678) männliche, 4337 (4371) weibliche, zusammen 82 327 (83 040), gegen das Vorjahr mehr 2,9 Prozent (mehr 0,9 Prozent). Als Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter sind nachgewiesen: in 1903: 23 426 801, in 1904: 23 077 794, und es entfallen im Durchschnitt auf die Arbeitskraft in 1903: 284,0 Arbeitstage, in 1904: 283,5 Arbeitstage. Die Steinkohlenerzeugung betrug: 1903: 25 285 649 Tonnen, gegen das Vorjahr mehr 764 861 Tonnen gleich mehr 3,1 Prozent, 1904: 25 429 493 Tonnen, gegen das Vorjahr mehr 190 844 Tonnen gleich mehr 0,8 Prozent. Die Jahresleistung, berechnet auf den Kopf der gesamten Belegschaft (unter und über Tage), stellte sich wie folgt: 1903: 306,5 Tonnen, 1904: 308,2 Tonnen. Der Wert der Erzeugung betrug: 1903: 186 531 121 Mark, gleich 7,392 Mark pro Tonne, gegen das Vorjahr pro Tonne weniger 0,222 Mark, 1904: 182 858 531 Mark, gleich 7,172 Mark pro Tonne, gegen das Vorjahr pro Tonne weniger 0,220 Mark. Der Erlös aus dem durch Verkauf abgesetzten Steinkohle betrug: 1903: 175 701 489 Mark, gleich 7,778 Mark pro Tonne, gegen das Vorjahr weniger 0,265 Mark, 1904: 178 288 720 Mark, gleich 7,534 Mark pro Tonne, gegen das Vorjahr pro Tonne weniger 0,244. Der Steinkohlenertrag betrug am Schluß des Jahres 1904: 40 051 Tonnen, 1903: 56 815 Tonnen, 1904: 308 464 Tonnen, 1902: 381 058 Tonnen, 1903: 540 231 Tonnen, 1904: 684 606 Tonnen. Die Bestände der Steinkohlengruben sind also nach den Jahren der Hochkonjunktur 1900, 1900 ganz ungewöhnlich angewachsen, und erst nach Schluß des Berichtsjahres haben die Arbeiterausstände in Westfalen und Ostpreußen im Januar, Februar und März 1905 ein teilweise Räumen der Lager auf den Gruben herbeigeführt.

Produktion der Bergwerks-, Salinen- und Hüttenbetriebe in Bayern im Jahre 1904. Nach der von dem bayerischen Oberbergamt in München herausgegebenen Uebersicht wurden im Jahre 1904 im Bergbau produziert 1 184 599,084 Tonnen Stein- und Kochsalzen (1 210 439,985 Tonnen im Jahre 1903), 42 470,100 Tonnen Braunkohlen (28 699 Tonnen), 180 042,118 Tonnen Eisenerze (182 600,480 Tonnen), 1 180,870 Tonnen Steinsalz (879). Die Salinen stellten 43 048,559 To. Kochsalz her (41 781,882 Tonnen). Die Hütten produzierten 92 100,761 Tonnen Roheisen (90 108,806 Tonnen) 40 463 Tonnen Gußwaren aus Erz (41 475 Tonnen), 108 025,380 Tonnen Gußwaren aus Roheisen (89 803,970 Tonnen), 37 770,005 Tonnen Stabeisen (36 838,242 Tonnen), 17 828,580 Tonnen Eisenblech (21 068,515 Tonnen) und 125 483,200 To. Flußeisenerz und Flußstahl (127 141,028 Tonnen).

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Au die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! Der Verband der Tabakarbeiter ist durch rücksichtsloses Vorgehen der Zigarettenfabrikanten in Dresden in einen Kampf gedrängt worden, der ihn veranlaßt, die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen.

Die Hohnbewegung der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden schien anfänglich einen ruhigen Verlauf zu nehmen. Mühselig brachen die Fabrikanten die Unterhandlungen ab, vereinigten sich zu gemeinsamen Vorgehen gegen die Arbeiterinnen und forderten von diesen die schriftliche Erklärung, daß sie aus dem Tabakarbeiterverband ausgetreten seien. Als die Arbeiterinnen eine solche Zumutung zurückwiesen, wurden sie am 27. Mai in einer Anzahl von ca. 4000 ausgesperrt.

Es handelt sich hier um einen regelrechten Angriff der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen, der von der gesamten organisierten Arbeiterschaft einmütig zurückgewiesen werden muß.

Auf Antrag des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes nahm die Generalkommission deshalb Veranlassung, gemäß den auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln a. Rh. bezüglich der Streikunterstützung gefaßten Beschlüssen die Vorstände der Verbände zu befragen, ob zur Unterstützung der Aussperrten eine allgemeine Sammlung veranstaltet werden solle. Die Vorstände stimmten dem Vorschlage zu und richteten wir nunmehr an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden zu leisten.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

H. Kude, Engel-Ufer 15, Berlin SO 16.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Danksagen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Mit Gruß Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Regien.

Aussperrung der Bauarbeiter im Ruhrgebiet. Die Gelegenheit ist günstig, dachten die Bauherren und beschloßen eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter im Ruhrgebiet. Zweck dieser Uebung ist natürlich Vernichtung der Arbeiterorganisation, damit keine „ästigen“ Tarifverträge zustande kommen. Indessen haben die Bauherren die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auch in diesem Kampfe schweißte der gemeinsam ertragene Druck die Bauarbeiterorganisationen zusammen gegen das Unternehmertum. Die Leiter der freien Verbände der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer und die des christlichen Bauarbeitergewerksvereins traten zusammen und beschloßen folgende Resolution:

- 1. Den Kampf, den der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet den Bauarbeitern (Zimmerern, Maurern, Hilfsarbeitern) aufgedrungen hat, mit allen gesetzlichen erlaubten Mitteln solange zu führen, bis die Aussperrung aufgehoben und eine Einigung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt ist.
- 2. Um den Kampf wirksamer zu gestalten, haben bei allen an der Aussperrung beteiligten Unternehmern auch diejenigen die Arbeit nach erfolgter Kündigung einzustellen, welche bisher nicht gekündigt oder entlassen sind.
- 3. Die britischen Vorstände der Organisationen werden beauftragt, sofort die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Kündigung zu ergreifen.
- 4. Die Versammlung begrüßt mit Freuden, daß die Zentralvorstände der Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter und des Verbandes christlicher Bauarbeiter vereinbart haben: a) den Kampf gemeinsam zu führen und b) bei allen Fragen, welche den gemeinsamen Kampf betreffen, besonders bei Einleitung und Führung von Unterhandlungen, Abschließung von Verträgen etc. nur nach gegenseitigen Uebereinkommen zu handeln.
- Indem die Versammlung sich diesem Abkommen anschließt, erklärt sie sich auch damit einverstanden, daß mit der Leitung der Bewegung die Bauvorsitzenden der vier beteiligten Organisationen betraut werden.

4. Orte, für welche ein Tarifvertrag besteht, sind von der Bewegung vollständig ausgeschlossen.

Sollten die Unternehmer in Tarifgebieten sich Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen zu Schulden kommen lassen, dann sind Gegenmaßnahmen nur nach vorgängiger Vereinbarung mit den Zentralvorständen zulässig.

Um ein gemeinsames Organ zu haben, ist von den Verbänden eine Sechserkommission eingesetzt worden, in der je drei Vertreter der freien Gewerkschaften und des christlichen Verbandes sitzen. Diese Sechserkommission führt den Kampf im Sinne obiger Resolution. Große Worte haben die Unternehmer, aber dem entsprechen die Taten nicht. Von 80 000 Aussperrten sprachen sie schon Anfangs Juni drohend, am 16. konnte die Sechserkommission erst zirka 6000 ermitteln. Von ihnen sind laut Angabe der Gauleiter 2158 Freiloanstellte und 2247 christliche Gewerkschafter! Der christliche Verband ist dadurch schon in finanzielle Schwierigkeiten gekommen und wendet sich in einem Aufruf um finanzielle Unterstützung an die Arbeiterschaft. Sein Vermögen betrug am Jahresluß nur gut 38 000 Mark. Dauert die Aussperrung auch nur 3-4 Wochen, so ist die Kasse des christlichen Gewerksvereins leer. Dagegen betrachten die freien Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Aussperrung nur als einen kleinen Kampf, auch wenn die Zahl der Aussperrten doppelt und dreifach höher werden sollte. Diese drei freien Verbände verfügten am Jahresluß über ein Vermögen von 8 1/2 Millionen Mark! Wieder ein Beweis, daß die Arbeiter um so stärker sind, je einheitlicher ihre Organisation ist. Eine Konferenz der Organisationsleiter mit dem Regierungspräsidenten in Arnberg ist resultatlos verlaufen, da den Unternehmern noch nichts an einem Friedensschluß gelegen ist. Später werden die Herren schon mit sich reden lassen.

Der Arbeiter-Turnerbund hat seinen diesjährigen, sechsten Bundes-Turntag in Berlin abgehalten. In den Räumen des Stabstammes Neue Welt — auf den geschichtlichen Boden der Fasnachtsheide, von wo einst Altvater Jahns Ruf zum Turnen erging — sind an den Pfingstfeiertagen die Delegierten der turnenden Arbeiterschaft von ganz Deutschland zu ihrem Parlament zusammengetreten. Die Verhandlungen des Turntages waren öffentlich und der Zutritt stand auch jedem Nichtturner frei. Nach dem neuesten Geschäftsbericht umfaßt der Bund bereits 828 Vereine mit 66,973 erwachsenen Mitgliedern und 5780 Schülern. Seit dem letzten Bundes-Turntag ist eine Zunahme um 91 Vereine, 8020 erwachsene Mitglieder und 1190 Schüler eingetreten. Möge der Arbeiter-Turnerbund weit starken Zuwachs auch aus Bergarbeiterkreisen bekommen.

Die große Aussperrung der Metallarbeiter Bayerns — es wird von 17 000 geredet — beabsichtigen die bayerischen Metallindustriellen. In München ist der Anfang mit zirka 3000 Metallarbeitern gemacht worden. Auch dieser Schlag wird pariert werden.

Ein Verbot der Metallarbeiterverband auf seiner in der Vorwoche in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung vorgebracht. Mit großer Mehrheit wurde eine Erwerbslosenunterstützung beschlossen. Die Beschlüsse lauten: 1. Trennung des Reiches von der Arbeitslosenunterstützung und Vereinigung desselben mit der Langjahrsunterstützung, so daß beide Unterstützungen gegeneinander aufgerechnet werden können. Festsetzung der Jahressumme für Reichsgebiet und Langjahrsunterstützung auf 30 Mark nach einjähriger, 35 Mark nach zweijähriger, 40 Mark nach dreijähriger, 45 Mark nach vier- und 50 Mark nach fünfjähriger Mitgliedschaftsdauer. Festsetzung der Mindestentfernung bei Reisegeld und Langjahrsunterstützung auf 25 Kilometer. Gewährung von Reisegeld in gleicher Weise wie die Langjahrsunterstützung in den Fällen, in denen ein nicht arbeitsfähiges Mitglied außerhalb Arbeit genommen hat, ihm aber die Mittel zur Reise fehlen, und die Arbeit rechtzeitig annehmen kann. 2. Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung zur Unterstützung bei vorübergehender Erwerbslosigkeit und Verlängerung der Bezugszeit derselben von zehn auf zwanzig Wochen im Jahre unter Beibehaltung der bisherigen Sätze. 3. Einführung eines Sterbegeldes an die Hinterbliebenen eines Mitgliedes. 4. Zur Durchführung dieser Erweiterung eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder.

Knappschäftliches.

Achtung! Ersahwahlen!

In den Sprengeln 7 (Ganne), 122 (Mitteneffen), 208 (Welderdich) und 278 (Wanne) müssen Ersahwahlen stattfinden. Der Knappschäftsvorstand hat den Wahltermin auf den 22. Juli festgesetzt. Unsere Kameraden müssen sofort die Vorarbeiten in die Hand nehmen, tüchtige Kandidaten aufstellen und den Sieg erringen. Der Wahlkampf ist entscheidend, aber nicht in brustianischer Manier zu führen. Unter allen Umständen heißt unsere Parole: Nieder mit den Zechenkandidaten!

Vorstandssitzung des Knappschäftsvereins zu Bochum am 14. Juni. Der zum ersten Mal einberufene Stellvertreter-Gesamtsparp wurde durch Handschlag verpflichtet, die Amtshandlungen gewissenhaft zu erfüllen. Hierauf machte die Verwaltung bekannt, daß infolge des Bergarbeiterstreiks, wobei etwa 108 260 Mitglieder in Frage kommen, an Feiertagslohn 45 203,80 Mk. gezahlt wurden. Die Summe werde sich jedoch, wenn alle Rückstände eingegangen sein werden, auf ungefähre 50 000 Mk. belaufen. Wie groß der Ausfall an arbeitsfähigen Beiträgen — wöchentlich 80 Pf. — war, wurde nicht angegeben. Der in der Vorstandssitzung im Mai abgelehnte Antrag, gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ wegen des Artikels: „Statt Krankengeld ein Monat Gefängnis“, Klage vorzugeben, erübrigte eine zweite Abstimmung, da inzwischen die Angelegenheit zwischen der Verwaltung und der Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ geregelt wurde. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ brachte in Nr. 21 einen ausführlicheren Bericht, was sie um so lieber tat, als dadurch festgestellt wurde, wie schwer es sogar einem Bericht fällt, die einzelnen Versicherungen auseinander zu halten. Als damals der Antrag abgelehnt wurde, machte der Vorsitzende den Arbeitervertretern Vorhaltungen, wobei er sich auf die früheren Vorstandssitzungen, die bei derartigen Angelegenheiten immer ihre Zustimmung gegeben hätten, berief. Wie nun zur Genüge bewiesen ist, lassen sich Prozeßkosten vermeiden, ohne daß der Knappschäftsvorstand sich etwas vergeben hätte. Es gibt so genügend Prozeßkosten zu bezahlen und haben die Vorstandsstellen mithin nur im Interesse der Arbeiter gehandelt, als sie den Klageweg ablehnten. Man wird sich wohl noch zu erinnern wissen, welche Erregung hervorgerufen wurde, als in früheren Jahren mit Hilfe der früheren Vorstandsmittglieder auf einmal 30 000 Mk. für Prozeßkosten bewilligt wurden. Abgestimmt wurde zum zweiten Mal über den Arbeitervertreterantrag, wonach in dem Ausschußbezirk Bochum die Stelle eines dritten Vertrauensmannes unbefristet bleiben sollte, da zwei Vertrauensleute genügen. Nachdem er wiederum abgelehnt wurde, schritt man zur Wahl, aus der der Fahrhauer Koppel hervorging. Durch das Ausschneiden des Vorstandsstellen Frühlich mußten verschiedene Wahlen vorgenommen werden. Als ordentliches Mitglied in den Geschäftsausschüß Gelsenkirchen wurde der Ersahmann Schäfer und an seine Stelle Gassenbach gewählt, der gleichzeitig als ordentliches Mitglied in den Ausschuß gewählt wurde. Ferner kam in dem Ausschuß für Einweisung und Beförderung als stellvertretendes Mitglied Hertenkampfer. In den Mal- und Jungfrauen fanden zusammen 16 Wahlen statt, welche allein auf Arbeitervertreter Bezug hatten, das nicht in einem Falle wurde ein Mitglied des Verbandes berückichtigt. Die Gewerkschaftsvorstandsstellen verstehen nichts von Toleranzen. Was sagt nun der Mittelreifer, der Vorstandsstelle Romberg in Bochum zu dieser Handlungsweise? Derselbe beklagte sich mal darüber, daß vier Verbandsstellen dem Wurausschüß angehörten, diese Wahlen waren aber nicht durch Majorität der Vorstandsstellen vollzogen, sondern mit Zustimmung aller Vorstandsstellen. Anders liegt die Sache jetzt und besonders bei den letzten Wahlen, wo von Verbandsstellen der Letzte Pfeifer als stellvertretendes Mitglied in den Geschäftsausschüß Gelsenkirchen vorgeschlagen wurde. Ein gleiches Recht für alle gibt es bei den Gewerkschaftsvorstandsstellen bei diesen Wahlen nicht, sonst hätten sie die Mitglieder der Letzten im Vorstände — die Verbandsstellen — berückichtigen müssen. Ueber letzteres mal sich gütlichlich auszusprechen, wird mit der Zeit wohl noch Gelegenheit geboten. Nach den Vorschlägen des Ausschusses wurde an Stelle des Vorsitzenden Dr. Piese in Dorstfeld Dr. Westermann gewählt. Die

weiteren Angelegenheiten betrafen die Lungenheilstätten Verlinghausen und Krankehaus-Angelegenheiten. Auf Beschluß des Vorstandes war Dr. Spanken, Chefarzt der Lungenheilstätte, zur Kurverwaltung ernannt worden und auch erschienen, um sich gegen die vorgeschlagenen Beschlüsse zu vertheidigen. Diese widerlegen zu können. Die Verhandlung über die Besonderepunkte im Kurvertrage muß Dr. Spanken nicht angenehm berührt haben, denn in der Vorstandssitzung wurde ein Schreiben von Dr. Spanken verlesen, das die Kündigung seines Vertrages mit der Knappschäft enthält. Ein Ventilationsgeschäft des Herrn Bergmann wurde dem Rechnungsausschusse zur weiteren Vorbereitung überliefert.

Wißstände auf den Gruben.

Ruhrgebiet.

Zeche Lothringen. Ein Kamerad schreibt uns, es wundere ihn, daß auf genannter Zeche keine Familienkrankenschwester angestellt werden. Infolge dieses Mangels käme manche Familie in große Schwierigkeiten. — Familienkrankenschwester werden nur auf solchen Zechen ausgeben, die eine besondere Unterstützungsliste dafür besitzen. Existiert eine solche Liste auf Lothringen nicht, so ist das Fehlen der Schwester leicht erklärt.

Zeche Holland III und IV. Wer bei solcher Zeit in die Waldstau obiger Zeche kommt, dem stößt der Stein, eine so tropische Hitze herrscht da. Die Fenster sind wenig geöffnet, so daß kein Luftzug die Stau durchziehen kann; dabei sind die Dampfrohre in voller Tätigkeit. Währenddem sich die Leute umkleiden, läuft ihnen der Schweiß vom Körper und jeder ist froh, wenn er die Stau verlassen kann. Wir fragen daher an dieser Stelle an, ob die Betriebsleitung diesem Uebelstande bald abhelfen wird.

Zeche Ulma. Wer diesen Bitt von außen sieht, kann sich leicht irren in der Qualität. Unsere Kameraden sind auf genannter Zeche nicht auf Kosten gebettet, denn es werden so niedrige Löhne ausgezahlt, daß schon täglich Lebergeschichten gemacht werden müssen, um zu Brot zu kommen. Evident muß man am Lohnstag Hungerläng auf die paar Kröten warten. Wir rufen auch zu Kameraden: macht keine Lebergeschichten, denn durch die Lebergeschichten wird die Sperre verlängert. Tut dies für eure Mitkämpfer, die noch ohne Arbeit sind.

Zeche Der. Die Zeche Der. Dieser Bitt schließt sich den Mutterzechen an. Wißstände soll es zwar nicht geben, doch wie kommt es, daß in einem Meier innerhalb 14 Tagen drei Verunglückungen vorkommen können. Soll da alles in Ordnung sein? Vielleicht doch, denn wenn Wißten kommen, wird in Fuß genommen. Unstimmig wurde es empfunden, daß der Betriebsführer erst am Verbringungsstage bekannt gab, wann der verunglückte Kamerad B. beerdigt werde. Wieviel wird es so ausgefacht, als ob der Herr Betriebsführer es nicht gerne sehe, wenn die Vergleute ihren Kameraden die letzte Ehre erweisen. Andere glauben wieder, daß dies aus Mitleid für die Verlebten geschah, daß der Betriebsführer beabsichtigte, die Kumpels Bünten nach vollbrachter Schuld den Weg nicht mehr zurücklegen. Welchen Hungerlöhnen von 2,40-3,60 Mark ist dies auch annehmbar, reicht dieser doch kaum für das Notwendigste. Verpflichtet sind die Arbeiter, am Samstag die Kleider mit nach Hause zu nehmen, doch nützen tut dies nichts, denn am Montag trifft man den Staub noch immer an. An erwähnen ist auch der unangenehme Zustand des Abortis, wo viel Würmer sich herumtummeln.

Zeche Neu-Herold, Schacht I. Am Freitag den 9. Juni wurde auf genannter Zeche 1 1/2 Schicht verfahren. Es war durch Anschlag bekannt gegeben, zu welcher Zeit die Anfahrt beginne; die Abgabe der Ausfahrtskarte nach Ablauf einer achtstündigen Schicht sollte. Für die Mittagschicht, deren Schicht um 5 Uhr begann, hatte demnach die Ausfahrt um 1 Uhr nachts zu erfolgen. Als aber die Arbeiter der sechsten Schicht sich um diese Zeit nach dem Schacht begaben, wurde ihnen durch das Sprachrohr von der sechsten Schicht die Antwort erteilt, daß es zu spät wäre, sie mithin nicht mehr herausfahren könnten. Es scheint, als bestünde der § 50 der Bergpolizeiverordnung für die Zeche Neu-Herold nicht, welcher lautet: „Die Seilfahrt ist bei Beginn und Schluß der regelmäßigen Schicht und zwar auch dann, wenn Lebergeschichten verfahren werden; für diejenigen Arbeiter, welche an den Lebergeschichten nicht teilnehmen, in Betrieb zu setzen.“ Die Werkverwaltung wird zwar einwenden, die Seilfahrt hätte statgefunden, was wir auch zugeben, soweit die sechste Schicht in Frage kommt, doch auf der sechsten Schicht (von welcher sonst die Seilfahrt zuerst geht) ließ man die Arbeiter sitzen. Es blieb den Arbeitern, da sie die Lebergeschicht nicht machen wollten, nichts anderes übrig, als die Fahrten zu benutzen. Hierbei konnte wiederum festgestellt werden, daß „Wißstände nicht vorhanden“ sind, um mit der Landtagskommission zu reden. Wie wäre es, wenn von dieser Landtagskommission und speziell auch von dem Oberbergamt der Fahrtschicht einmal benützt würde. Vielleicht würde es manchem auffallen, vorausgesetzt, daß ihnen der § 82 bekannt ist, der da besagt: „Fahrtrümmern, welche der regelmäßigen Fahrten dienen, sind nach der Förderabteilung hin dicht und nach den übrigen Abteilungen hin derartig verschlungen zu halten, daß niemand durch die Zwischenräume den Kopf hindurchstecken kann“, daß diese Vorschriften außer acht gelassen werden.

Zeche Königin Elisabeth. Auf Schacht „Wilhelm“ wurde laut Anschlag von Herrn Betriebsführer Hülsbusch demjenigen eine Belohnung von 20 Mark zugesichert, der den Räter angibt, welcher seine Nähe erschlagen haben soll. Allgemeine Heiterkeit unter den Kumpels; aber trocken gebührt demjenigen alle Achtung, der das Leben eines Tieres vor brutaler Mißhandlung schützt, denn bekanntlich ist ein Tierfreund meistens auch Menschenfreund. Dies letztere scheint jedoch leider beim Herrn Betriebsführer Hülsbusch nicht der Fall zu sein, wie nachfolgender Vorgang beweist: Seit 15 Jahren arbeitet ein Kamerad auf genannter Zeche, allgemein als treuer und fleißiger Kumpel geschätzt. Dieser Kamerad hatte nun das Unglück, daß sein Sohn, der auch schon seit sieben Jahren auf hiesiger Grube arbeitete, kündigte, um seine Lage zu verbessern. Jetzt kommt das dicke Ende; tags darauf wurde dem Vater nebst seinem zweiten Sohne angebeutet, daß auch sie gehen könnten. Nebenbei bemerkte der Betriebsführer Hülsbusch: „Wir werden das jetzt immer so machen!“ Wir fragen: ist das humanität, einen Vater seines Sohnes wegen, der dazu lediglich nur um seine Lage zu verbessern kündigte, brotlos zu machen? Mit nein wird jeder antworten müssen. Wir hätten übrigens den Fall nicht erwähnt, da er bereits im „Bergknappen“ gerügt wurde, wenn der Herr Betriebsführer seiner Handlungsweise nicht noch die Krone aufgesetzt hätte dadurch, daß er dem Kameraden, der um seinen Vater und seinen Bruder nicht brotlos zu machen, seine Kündigung zurücknahm, „den Schichtlohn um 40 Pf. reduzierte!“ Wenn man seinen Hund mit Eiern und Zwieback füttert, so ist man Tierfreund, wenn man aber einen Menschen eine Bagatelle wegen auf das Straßenpflaster wirft oder ihm durch Lohnabzug den Brotkorb höher hängt, daß man den Hunger vor der Stürne sehen kann, so ist man brutal, dies möge der Betriebsführer Hülsbusch sich ins Album schreiben. Und nun ein anderer Fall: In jüngster Zeit ist zwei Kameraden angendeutet worden, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Weil nun gegen dieselben nichts vorliegen kann, ist anzunehmen, daß man deren Aufklärungsbereitschaft befürchtet. Nun, Herr Betriebsführer, Sie heunen das Zeitrund nicht und wenn wir dudenweise zum Tore hinaus wandern, denn das Klassenbewußtsein hat auch in Ihrer Belegschaft zu tiefen Wurzeln gefaßt, um wieder ausgerottet werden zu können. Wie man sagt, so erntet man!

Zeche Nordstern, Schacht III. Hier ist das Traurige zu verzeichnen, daß nicht einmal für jede Lampe ein „Verschlusanker“ vorhanden ist. Die Mittagsschicht muß auf die Morgenstunde warten, damit der Aufseher aus einer Lampe in die andere umgeschaltet werden kann. Auch der Stauerwärter scheint mit Arbeit überhäuft zu sein, denn jedesmal ist er während der Seilfahrt weg. Wenn er nicht bei der Ventilation der Draußen ist, wird das Wasser oft zum Schweißabstrühen heiß, aber nicht zum Waschen von Menschen geeignet. Hier möchten wir den Herrn Betriebsführer ersuchen, Remedeur zu schaffen. — Nun eine Anfrage an die Bergbehörde: „Ist es etwa der Zeche Nordstern, Schacht III, erlaubt, adends bei der Seilfahrt bei einem Doppelschicht nur einen Aufschläger anzustellen?“ Ist das etwa eine Maßregel zur Verhütung von Unfällen oder geschieht dies, um Schichtlohn zu sparen? Das letztere soll wohl eher zutreffen, denn wie verlautet, ist auf der Mittagsschicht nur ein Aufschläger. Versteht sich von selbst, auf der Hängebant.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Anna. In der Koksanlage haben die Arbeiter außer dem Vergnügen, die ganze Woche hindurch täglich zwölf Stunden in Hitze und Gasqualm zu schuften, noch die besondere Vergünstigung, am Sonntag 24 Stunden machen zu dürfen. Leicht begreiflich ist es dann, wenn die Arbeiter ihr trauriges Los beklagen. So beklagt sich ein Arbeiter, daß er nach „rundzangeltändiger Schicht die folgende halbe

Woche nicht mehr zur Verfügung kommen und nicht wissen, ob er ein Mannchen oder ein Weibchen sei. Dieses ist auch sehr wohl annehmbar, denn nehmen wir uns als Beispiel einen Arbeiter, welcher zwölf Stunden lang der Sonnenhitze ausgesetzt ist, so finden wir, daß derselbe des Abends müde und abgerichtet nach Hause kommt; um wie viel mehr trifft es auf diejenigen, die dazu noch der Hitze in der Kaserne ausgesetzt sind. Wir sind der Meinung, daß die Grubenverwaltung doch ein klein wenig ihren Arbeitern entgegenkommen könnte und wenigstens für Sonntags drei Schichten einlegen sollte. Dies wäre sicherlich nicht zu viel verlangt! Zwar gibt man bei jeder Gelegenheit Lob und zu wissen, was nicht alles für die Arbeiter in sanitärer Hinsicht geschieht, doch in Wirklichkeit hapert es noch überall, dies mirb auch nicht eher besser, bis daß die Arbeiter sich austossen und der Organisation sich anschließen, denn durch Klagen, Weinen, Wüten und Flehen erlangen sie nichts. Des Kapitals Vertreter ist möglichst hohe Prozente herauszuwirtschaften, das Wohl und Wehe der Arbeiter ist dabei Nebenache. Darum schließt auch alle Mann für Mann, dem Bergarbeiterverband an; je eher das geschieht, um so schneller erreichen wir unser Ziel, nämlich die Anteilnahme an der Erziehung der Kultur.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Grube Agnes. Von Grube Agnes gehen uns viele Klagen über schändliche Behandlung seitens der Beamten, sowie Mißstände in der Grube mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Gerade die Beamten, die sich um Einhaltung der Arbeiterrechte recht wenig bekümmern, gleichen jedem Passus der Arbeitsordnung heran, um ihn dann so auszulagern, daß dem Arbeiter etwas am Feige gestiftet werden kann. Es herrscht ein Kommandoion, mir man ihn in der Kaserne gewollt ist. Donnerwetter und Himmelskrake ist oft die Beamtensprache im Verkehr mit den Arbeitern. Dazu wird noch ein Hundelohn von 2 Mk. 75 Pfg. bei 11/2stündiger Arbeitszeit verdient! Auch einen kurzen Wied in die Kaserne wollen wir der Öffentlichkeit gestatten; die Arbeiter müssen pro Kopf und Tag 30 Pfg. für die Kaserne zahlen, gleich 72 Mk. pro Jahr, dafür haben die Arbeiter das Vergnügen, wenn sie müde und abgerichtet aus der Grube kommen, sich von den Wangen und Föhden zerstellen zu lassen. Alles müßt sich von Arbeiternochen. Was das Unternehmertum übrig läßt, davon müssen sich dann Wangen und Föhde diese Grube brachte es im vorigen Jahre aus fertig, den Arbeitern die Organisation zu verbieten und beging die beispiellose Frechheit, sich am Verbandsbesitzum zu vergreifen. — Den Arbeitern aber rufen wir zu: Jede Belegschaft erhält die Behandlung, die sie haben will. Organisiert euch, erst dann werden auch andere Verhältnisse kommen.

Grube Eva. Eine der Kohlenfabrikgesellschaft gehörende Mustergrube ist Eva. Zahlreiche Mißstände vorhanden. Bündsch verweisen wir auf den § 11 der Arbeitsordnung, welcher besagt: „Rechenstube ufm. ist reinlich zu halten. In diesem Räume sind zahlreich Ratten einquartiert, welche das Brot aus den Taschen holen. Bei schlechtem Wetter dringt der Regen durch das Dach; trocken kann man sich nirgends. In der Nacht ist eine Pause eingeführt. Von 10 bis 11 Uhr ist Mittag. In dieser Zeit läuft man 10 Minuten weit nach der Rechenstube und dieselbe Zeit wieder zurück, so daß noch eine halbe Stunde übrig bleibt. Warum hat man die Einrichtung nicht wie am Tage? Frühstückspause von 1/2 bis 9 Uhr, Mittagspause von 12 bis 1 Uhr. Außerdem wohnen wir, daß um 5/4 Uhr Schicht gemacht wird, wie es auf anderen Gruben der Fall ist. Die Arbeitszeit wäre lang genug für den mitternächtigen Tagebau, wo nirgends Schramm ist. Schienennägel gibt es keine. Man sollte wenigstens die Lampen putzen lassen, um solche suchen zu können. Ebenfalls müssen die Lampen näher an die Arbeiter gestellt werden. Auch fehlen immer Wagen mit Kohle; die Marxen sind aber da. Fragt man, bekommt man zur Antwort: „Bist du noch Markenabnehmer die Wagen geben. Dabei ist das Gebirge so niedrig, daß der Fördermann nicht 3 Mark verdienen kann. Ob sich der Herr Obersteiger nicht entsinnen kann, wie er vor ein paar Jahren selbst noch gearbeitet hat und auch viel Geld verdienen wollte? Einem Kameraden, welcher seit Bestehen der Grube Eva dortselbst arbeitet, wird einfach die Lebensart ins Gesicht geschleudert: „Wenn er sich in seiner Arbeit nicht bessert, wird er rausgeschmissen!“ Derselbe Fall, wie auf einem der Nachbarwerke, wo ein Arbeiter 18 Jahre gut war, nun er aber abgerichtet ist, kann man ihn nicht mehr gebrauchen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. In unserem Tagebuch haben wir noch eine ganze Reihe von Mißständen, die wir, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, an den Pranger bringen müssen.

Aus dem Streife der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bohum. Der Wahrheitsfreund Bergmeister Engel ist Redakteur der Zeitschrift „Bild-Auf“, Organ einer Anzahl Unternehmerverbände. In dieser Zeitschrift hat Herr Engel ziemlich dieselben Angriffe und Verdächtigungen gegen die Arbeiterbewegung niedergelegt, um derentwillen das Essener Gericht Herrn Engel das Besugnis ausstellte, er verbreitete h 3 h 3 i e i c h t i g e r t i g u n g w a h r h e i t e n. Es ist nun wieder charakteristisch für Herrn Engel, daß er von der glänzenden Rechtfertigung der von ihm verdächtigten Arbeiterführer den Lesern des „Bild-Auf“ bisher keine Kenntnis gab! Die Leser des „Bild-Auf“ müssen also annehmen, was ihr Redakteur geschrieben, sei laute Wahrheit. Wir begnügen uns damit, diesen neuesten Beweis Engelscher Wahrschalteliebt tiefer zu hängen.

Ein Opfer des Essener Meineidsprozesses gegen Schröder, Meyer und Gen., der Kamerad Robert Imberg, ist am 15. Juni nach schwerer achtstägiger Krankheit gestorben. Der Verstorbene war in dem so berühmten gewordenen Prozeß mitangeklagt und erhielt durch Urteilspruch vom 17. August 1895 wegen angeblichen Meineids 3 Jahre Zuchthaus. Nach Verbüßung der Kerkerstrafe wanderte Imberg nach Schottland aus. Hier hat er im Bezirk Burnbank sechs Jahre als Kohlengräber gearbeitet, war geachtet und beliebt bei seinen Mitarbeitern und tat stets seine Pflicht als organisierter Kamerad. Fern von der Heimat findet er nun die letzte Stätte. Möge er in Frieden ruhen, sein Andenken wird von allen die ihn kannten in Ehren gehalten.

Kiemle. So mancher Kamerad wurde im Ruhrgebiet gemagtregelt, weil er nach Angabe der Herrenverwaltungen, in den Streikverhandlungen nicht existierende Mißstände vorgebracht habe. Die Verwaltungen hatten ein Interesse, diese Mißstände abzuleugnen. Wie aber Arbeiter dazu kommen, in daselbe Horn zu tuen, ist uns unbegreiflich und doch geschieht es. So hat auch ein Arbeiter kürzlich behauptet, daß der Kamerad F. auf der Grube Sannibai, Schacht Liederhald nicht gemagtregelt wurde. Wie verhält sich aber der Fall? Der Kamerad F. sagte in einer Versammlung, daß es auf genannter Grube an Tragbahnen mangle. Und das mit Recht. Wurde doch ein verunglückter Schlepper im August v. J. in einem Förderwagen transportiert, weil eine Tragbahn nicht zur Stelle war. Jetzt freilich, nach dem Streik, hing man auf der 400 und 500 Metern hohe Tafeln auf, durch die angegehen wird, wo die Tragbahnen zu finden sind. Diesem Mißstande wäre mithin durch die Streik abgeholfen worden und sollten die Arbeiter daher nicht den Veranlasser noch einer Uge zeihen. Ein vernünftiger Kamerad tut es ja auch nicht, aber die, die sich lieb sind machen wollen. Vor diesen Behauptungen müssen wir die Kameraden warnen.

Langendreier. Die für den 26. Juni bei Brautstuhl anberaumte Versammlung findet umständlicher vorläufig nicht statt.

Braunauer. Am 18. Juni wurde im Lokale des Wirtes Wille eine gutbesuchte Zahlstellenversammlung, welche von Desicht über die General-Versammlung abgehalten wurde. Das Referat hatte Kamerad Waldh der. W. abgeben. Er schilderte eingehend die Beratungen der General-Versammlung, besprach die Debatten über den Vorstandsbericht, die Maßregeln, unsere Taktik beim Generalstreik und erstörte besonders ausführlich die Schaffung des neuen Statuts. Der Referent legte klar, wie notwendig die Vertragsverbesserung war wegen der Annullierung eines Kampffonds für alle Fälle. Für die Mehrbeiträge hiete das neue Statut aber auch bedeutende Mehrleistungen. Die Gewerkschaftenunterstützung sei erhöht, ebenso die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt und die von diesen Seiten geforderte Not- oder Krankenunterstützung. Nunmehr sei es Pflicht aller Kameraden, kräftig weiter zu arbeiten für den Fortschritt des Verbandes. In der Diskussion stimmten alle Redner dem Referenten zu. Wohl sei der von Braunauer gestellte Antrag auf noch höhere Anhebung der Beiträge abgelehnt worden, da aber nun das Statut beschloßen, würden die Kameraden im Sinne der General-Versammlung arbeiten, denn Einigkeit macht stark. Hoffentlich werde die nächste General-Versammlung einen noch größeren Fort-

schrift des Verbandes konstatieren können. Jeder Kamerad soll dazu beitragen. Die Verammlung machte auf alle Teilnehmer einen sehr guten Eindruck. Wird in diesem Geiste weitergearbeitet, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Beschlossen wurde noch, ein Zahlstellenfest zu begehen; die Vorarbeiten dazu wurden der Ortsverwaltung überlassen.

Wuppertal. In der letzten Schwach besuchten Versammlung referierte der Vertrauensmann über die Entstehung des Verbandes, was biert und der Verband und die deutsche Frau in Bezug auf ihren Mann. Redner hob besonders hervor, daß es leider viele Frauen gebe, die aus Unkenntnis ihre Männer von der Organisation fernhalten, in dem Glauben, die zu zahlenden Beiträge anderweitig besser verwerten zu können. Hier sei es nun Aufgabe der Männer, ihre Frauen aufzuklären, denn, wenn die Frauen den Wert der Organisation erkannt haben, werden sie ihnen keine Vorwürfe machen, sondern sie noch unterstützen. Zum Schluß wurden die Kameraden zur regeren Agitation ermahnt, damit wir so bald wie möglich uns ein besseres Dasein erringen.

Offen. Dem „A. W.“ entnehmen wir folgende Illustration zur Kruppischen Wohlthätigkeit: „Eine unangenehme Ueberzeugung wurde den Inhabern der Grube „Säcker-Neud“ (Krupp) zu teil. Als einige berlebten, nebenbei bemerkt langjährige Arbeiter genannter Grube — um Gewährung der üblichen Depulstlosten einzukommen, welche ihnen bisher ankundlos verweigert wurden, teilte man den Voten mit, daß in Zukunft keine Kohlen mehr an Inhabern abgegeben würden. Es ist sehr bedauerlich, daß die Grube, welche doch größtenteils in Armlöhns Verhältnissen leben, jetzt nachdem sie ihre letzte Kraft dem Bergbau geopfert haben, so schändlich im Stich gelassen werden. Ob die Inhabern so ihre vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit dokumentieren wollen?“

Offen-Weiß-Köln. Am Sonntag den 26. Juni, vormittags 11 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher sehr wichtige Verbandsangelegenheiten erledigt werden müssen. Deshalb ist es Pflicht jedes Kameraden, zu erscheinen, damit die Versammlung besser beschickt wird, wie die am Freitag. Wir können unsere Lage nur verbessern, wenn wir reges Interesse für den Verband zeigen, denn mit Witten und Wetzlar erreichen wir nichts. Darum auf zum Verbands- und zum feiligen Besuch seiner Versammlungen. Wir erwarten, daß am Sonntag alle Kameraden pünktlich zur Stelle sind.

Schönebeck. Unsere letzte Zahlstellenversammlung vom 4. Juni war schlecht besucht, man kann sagen, daß wir so eine Verammlung noch nicht gehabt haben. Allem Anschein nach denken die Kameraden mit der Zahlung der Beiträge hätten sie ihre Pflicht getan, was aber irrig ist, denn jeder ist verpflichtet, mitzubringen über die Mittel, die uns unsern Ziele näher bringen. Unter anderem wurde auch der Bierbottel besprochen, was eine lebhaft Diskussion hervorrief. Es war eben klar, wer Ringier trinkt, macht sich des Streikbruchs schuldig. Daß dieses Wort nicht richtig gehalten wurde, konnte man sichtlich sehen. In Frintrop war eine Kammerausstellung, da konnte man sehen, wie die zielbewußten Gewerkschaftler (sie spielen sich nämlich dafür auf sich das Ringier nur so heruntergeschätzten. Das Verhalten des Vorstehenden des Kammerausstellungsvereins (Verbandsmitglied) wurde ganz entschieden verurteilt, weil er nicht dafür geforgt hatte, daß beschriftetes Bier verschickt wurde. Wenn diese Kameraden etwas tun sollen für unsere Organisation, dann kann man sie nicht haben, aber für Klumba lassen sie ihr Leben. Wir wollen hoffen, daß in Zahlstelle Schönebeck eine ganz andere Wendung kommt.

Am Sonntagabend, 2. Juni, wurde unser verunglücktes Mitglied Johann Prinz zu Grabe getragen. Die Beteiligung seitens unserer Mitglieder konnte etwas besser sein, denn es war die erste Leiche von unserer Zahlstelle, die nach dem evang. Kirchhofe gebracht wurde. Wir müssen die Betriebsleitung der Grube Wiese mal fragen, wie sie dazu kam, die Leiche früher fortzuschaffen als die Familienangehörigen da waren? Es war das allgemeine Gespräch, das macht der Verbandskranz. Doch etwas hat sich zugetragen, was vielleicht noch nicht da war. Unser Mitglied sollte von Kameraden getragen werden, die von der Grube bestimmt waren. Nach einer Aufforderung unseres Vertrauensmanns übergaben die Kameraden der Grube die Handschuhe unseren Trägern. Sie hatten wohl die Ueberzeugung, daß er von und getragen werden mußte. Am Grabe hielt unser Vertrauensmann eine kleine Ansprache und führte aus, daß der Verstorbene stets ein treues Mitglied des Verbandes war und seine Gefahr geschaut habe, wenn es galt, die Interessen unserer Organisation zu vertreten. Er wird stets in treuen Andenken der Zahlstelle Schönebeck bleiben.

Weidrich. Für ein, gegen den Kameraden S. eingeleitetes Strafverfahren interessierten sich — den vielen Anfragen nachzugehen — eine Reihe von Kameraden. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, den Verlauf kurz mitzuteilen. S. wurde beschuldigt, ein Flugblatt verfaßt zu haben, was er jedoch bestritt. Eine bei S. vorgenommene Hausdurchsuchung brachte nichts Belastendes zutage, doch genügt die Aussagen einiger Personen, um S. in Untersuchungshaft zu behalten. Nachdem die Beugen, unter andern auch der Täter, ihre Aussagen machten, wodurch S. entlastet wurde, wurde das Strafverfahren eingestellt und S. die Freiheit zuteil. Dieses Vorkommnis wird natürlich den Kameraden nicht abhalten, nach wie vor sich an der Befreiung der Arbeiter aus dem Kapitalistenjoch zu beteiligen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Schweller Revier wird uns geschrieben: Die wir schon früher mitteilten, haben die schlechten Lohnverhältnisse die Vergarbeiter auf Grube Helene gezwungen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Am 14. Mai beschloß eine Belegschaftsversammlung, daß eine Kommission der Grubenverwaltung Forderungen unterbreite. Nach einer Unterhandlung wurde die Antwort der Direktion am 30. Mai den Arbeitern durch Aufschlag am Schachte bekannt gemacht. Es wurde den Arbeitern zugesagt, daß die Mißstände in der Waschkasse untersucht und beseitigt würden; für jede Stunde Nacharbeit, wofür bisher nur eine Gehaltel Schicht bezahlt wurde, solle eine Uchtel Schicht bezahlt werden; die Verleigerung werde dem Vorstände der Knappchaftskasse zur eventuellen Änderung überwießen. In den einzelnen Fällen soll den Arbeitern das Gebirge schriftlich zugestellt werden. Wenn die Strecken sich in einem guten Zustande befinden, sollen die Arbeiter auf ihr Verlangen nach dreimonatiger Arbeit an naßen Orten nach trodenen Orten verlegt werden können. Auch sollen den Arbeitern mehr Reservelampen zu Verfügung stehen. Diesen Teil der Forderungen erkennt die Grubenverwaltung also vollständig an. Sie bewilligt aber nur den Arbeitern Zugeständnisse, die solche in den einzelnen Fällen verlangen, was zur Folge haben würde, daß diese Arbeiter als die unzufriedenen Elemente angesehen würden. Die Arbeiter verlangen, daß die Verbesserungen, die getroffen werden sollen, bestimmt und allgemein eingeführt werden, damit das Betteln und Witten nicht mehr nötig sei. Bezüglich der Lohnfrage wurde behauptet, daß bei einer Lohnaufhöhung von 4,30 Mark für Dauer das Werk nicht mehr rentabel sei. Dabei erzielt der Schweller Bergwerksverein im Vierteljahr nahezu eine Million Reingewinn. Durch Beschluß der Belegschaftsversammlung vom 1. Juni sollte die Kommission nachmal vorstellig werden. Die Direktion erklärte, auf weitere Verhandlungen sich nicht mehr einzulassen; für sie sei die Sache erledigt. Mit 500 Mann besuchte Belegschaftsversammlung. Um eine freie Ansprache der Arbeiter zu ermöglichen, waren die Grubenbeamten von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen worden. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, aber sachlich; alle Redner forderten auf, an den gestellten Forderungen festzuhalten, auch wenn es zum äußersten komme. Wie es jetzt sehe, könne es nicht mehr weitergehen; mit den jetzigen Löhnen könne der Bergmann nicht leben. Die Forderungen seien gerecht und durchaus durchführbar. Die Forderungen lauten: 1. Arbeitslohn: a) Für Dauer und einzelne Reparaturschichten 4,30 Mark. b) Für abwechselnde Reparaturschichten 4,30 Mark. c) Für ständige Reparaturdauer 4,00 Mark. d) Für Lehrhauer und Gebirgsschlepper 3,50 Mark. e) Für Schlepper von 2,20 bis 8.— Mark. 2. Streckenreparaturen werden außer dem Gebirge bezahlt. 3. Das Gebirge wird schriftlich festgelegt. 4. Sämtliches Baumaterial wird bis vor Ort geliefert. 5. Daß Arbeiter nach drei Monaten nasser Arbeit ebensolange nach trodenen Orten verlegt werden. 6. Daß an allen katholischen Feiertagen nicht gearbeitet wird. — Die Bezirksleiter beider Bergarbeiterverbände ernannten die Arbeiter zur Ruhe und warnten vor jeglichem Ueberlegem Handeln. Sie appellierten an die unorganisierten Bergleute, sich nicht von den Organisierten den Tisch decken zu lassen. Es sei Pflicht aller Vergarbeiter, sich der Organisation anzuschließen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung bebauert, daß die Direktion auf die zweite Eingabe der Lohnkommission nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt hat, und erklärt, daß diese Haltung der Direktion in vollständigem Gegensatz steht zu den Ausführungen des Kommerzienrats Oppenheim in der Generalversammlung der Aktionäre des Schweller Bergwerksvereins. Die Versammelten sind davon überzeugt, daß sämtliche Forderungen berechtigt und durchführbar sind, und sie verpflichten sich mit aller Gewalt zu Gebote

stehenden Mitteln dafür zu arbeiten, daß sämtliche Forderungen bewilligt werden.“ Um eine endgültige Entscheidung über die zu unternehmenden Schritte zur Anerkennung der Forderungen herbeizuführen, soll am Sonntag den 18. Juni wieder eine Belegschaftsversammlung stattfinden, worin ein Vertreter der Zentralleitung des Bergarbeitervereins christlicher Vergarbeiter und des Verbandes deutscher Bergarbeiter reden soll. Die Versammlung erklärt es als die heiligste Pflicht aller unorganisierten Arbeiter, unermüdet die gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, weil nur durch eine geschlossene Organisation den berechtigten und durchführbaren Forderungen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann. Alle Vergewungen im Vordere „Vollstreund“ haben das Zusammengehen beider Bergarbeiterverbände nicht zu verhindern vermocht. Wer die „Vollstreund“-Verträge nicht zu der letzten Aufstellung kommen, als wenn bei dieser Lohnbewegung nur der Bergarbeiter christlicher Vergarbeiter in Betracht käme. Wie begriffen es, daß es den Arbeitervereinen sehr unangenehm ist, daß die Vergarbeiter, statt sich gegenseitig zu geschließen, sich um die aufstrebenden Drahtzieher nicht wehe kümmern und ein geschlossenes Ganges zu bilden suchen, um der unterdrückten Herrschaft des Grubenkapitals entgegenzutreten zu können. Es gibt nur eine Arbeiterfrage und daran sind alle Arbeiter gleichmäßig interessiert. Die Vergarbeiter künstlich auseinander zu halten, ist ein Verrat und ein Verbrechen den armen Vergleuten gegenüber.

Aus dem Wurm-Schweller Revier. Im Schweller Revier bereitet sich eine Lohnbewegung der Kameraden vor. Der Verband und der christliche Bergarbeiterverein gehen gemeinsam vor. Die Entscheidung ist für Zeit noch nicht gefallen. — Dem Wurm-Knappchaftsverein betrug im Jahre 1904 die Mitgliederzahl 9085, gegen 9000 am Schlusse des Jahres 1903. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder und Arbeitsbesitzer sind weiter gestiegen, es zählten die Mitglieder 1903: 427 217 Mk., 1904: 480 000 Mk., die Arbeitsbesitzer 1903: 320 418 Mk., 1904: 327 000 Mk. Die Arbeitsbesitzer vergrößerten außerdem der Knappchaft die den im Auslande mohnenden Mitgliedern oder deren Angehörigen gezahlten Unfallentschädigungen im Betrage von 6570 Mk. Die Einnahmen der Knappchaft betragen 820 242 Mk., diesen stehen an Ausgaben gegenüber 854 912 Mk., so daß sich ein Fulschuh ergibt von 35 870 Mk., wodurch der Vermögensbestand auf 1 047 888 Mk. gestiegen ist. Es wurden folgende Unterhaltungen an die Knappchaftspräsidenten gezahlt: den Inhabern 301 531 Mk., gegen 279 226 Mk. in 1903, den Witwen 139 802 Mk., gegen 140 818 Mk., den Waisen 37 113 Mk., gegen 36 981 Mk. den Angehörigen 324 Mk., gegen 324 Mk. Die Ausgaben für die rechtswissenschaftliche Invalidentät und Altersversicherung haben betragen 104 849 Mk. Das gegen das Vorjahr ungünstige wirtschaftliche Ergebnis ist fast ausschließlich der Wurmkrankheit zuzuschreiben. Allein an Krankenlohn ist gegen das Vorjahr ein Betrag von über 87 000 Mk. mehr ausgezahlt worden. Am 1. Juni 1904 wurde das neuebaute Krankenhaus dem Betrieb übergeben. Weshalb großen Bedarfs es angesprochen hat, ergibt sich zur Genüge nicht nur aus dem Umfand, daß es seit der Inbetriebsetzung stets vollbesetzt gewesen ist, sondern auch daraus, daß die ursprünglich in Aussicht genommene Zahl der Betten von 65 auf 72 her erhöht werden mußten. In 1904 sind 650 Personen in Krankenpflege gewesen, gegen 806 im Vorjahre. Im kommenden Jahre wird die Zahl voraussichtlich beträchtlich steigen.

Wisdorf. Wie human die Klassenhate miteinander gegen die Arbeiter sind, beweist folgender Vorfall: Ein Arbeiter, der auf eine leichtere Unfallversicherung nicht krant setzen wollte, mithin auch keinen Verlegungsschein nahm, begab sich zu dem zuständigen Kassamanz Dr. Wrene. Dieser meierte sich, den Verlegten, welcher sich nicht durch Mitgliedsbuch legitimieren konnte, zu verbinden, verweigerte öfters einen Verlegungsschein. Der Arbeiter ging nach der Grube, erhielt daselbst einen Krankenschein und ging damit wiederum zum Arzt. Derselbe bestand jedoch auf Verlegung eines Verlegungsscheins und mußte der Arbeiter deshalb noch einmal nach der Grube. Erst dann bequante sich der Herr und verband den Verlegten. Wir fragen: War dies menschlich gehandelt? Unserer Ansicht nach nicht! Wenn auch der Herr Doktor das Recht hatte, einen Verlegungsschein zu verlangen, so konnte dies doch nachträglich geschehen. Nichts hätten wir gesagt, wenn er ihn das extrem ungewissen hätte, vorausgesetzt, daß eine Verlegung keine schlimmen Folgen zeitigte, da er zweifellos nicht alle Klassenmitglieder kennen kann, aber nachdem der Krankenschein vorlag, lag unseres Erachtens wohl kein Grund mehr vor, den Arbeiter nicht eher zu verbinden, bis er den Verlegungsschein vorlegte, da dieser nachträglich gebracht werden konnte. Wir haben es mithin entweder mit skandalösem Bureaualtrismus oder mit einer Verlegungshaltung der Arbeiter zu tun. Hätte ein Beamter eine solche Hilfsleistung verlangt, so wäre der Herr Doktor wahrscheinlich jubelndem unter den Menschen kennen, denn hat auch das Schicksal dem einen die goldenen Gaben besetzt, während der andere muß graben tief unter der Erd, so sind doch beide nichts mehr und nichts weniger — wie Menschen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Wosfen bei Frankfurt. Es muß an dieser Stelle als bedauerlich gekennzeichnet werden, daß angesichts der elenden Lohnverhältnisse gerade der höchsten Vergarbeiter, ein großer Teil der Kameraden sich in Kleinigkeiten verliert und es nicht einseht, wie die Grubenverwaltung das Arbeitsverhältnis zu verschlechtern versteht. Statt gemeinsam dagegen aufzutreten und diese Verschlechterungen abzuwehren, ergeht man sich lieber in persönlichen Händereien, treibt nach Art der Kriegervereiner Wertisch- und Feilschankpolitik. Kameraden, seht ihr euer Geld denn gar nicht? Sacht ihr die Schmach, wie man euch brutal niedergeworren hat, ganz und gar vergessen? Nun, jede Belegschaft hat das Vos, welches sie sich schafft. Vernet, ihr seid gewarnt; es kommt die Zeit, wo ihre eure Gleichgültigkeit bitter bereuen werdet.

Königreich Sachsen.

Sänthchen. Recht kräbe sind die Lohnverhältnisse der hiesigen Vergarbeiter. Löhre für Grubenbauer von unter 3 Mark und für Tagearbeiter von 2 Mark bei 12stündiger Schicht sind keine Seltenheit. Zwar gibt es auch etliche besser entlohnte Arbeiter, doch diese braucht man, damit der Durchschnittslohn nicht gar so kläglich ausfällt. Am 21. Mai fand im hiesigen Gasthofe eine Belegschaftsversammlung statt, welche sich mit den Lohnverhältnissen auf dem Sänthchen Werke beschäftigte. Es wurde der Arbeiterauschuss, welcher vollständig erschienen war, beauftragt, an die Direktion eine Eingabe zu übermitteln auf Aufbesserung der Löhne, Abschaffung einiger Uebelstände und Einführung wöchentlich Lohnzahlung. Eine Antwort ging bis zum letzten Mai nicht ein, dafür wurde einigen zwanzig Mann gekündigt und etlichen anheimgestellt, um ihre Pensionierung einzukommen. Dies ist die so oft gepriesene gesicherte Existenz im Bergbau. Man kann es den weitblickenden Kameraden nicht verargen, wenn sie sich bei Zeiten um dauernde und besser entlohnte Arbeit kümmern. Für die im Verbands organisierten Kameraden mag es noch gehen bei einer plötzlichen Kündigung, diese bekommen Arbeitslosenunterstützung, aber die Unorganisierten sitzen gleich auf dem Trodenen. Darum, Kameraden der Sänthchen Werke, haltet fest zur Organisation, sie stügt und hilft euch; müttel aber auch die Unorganisierten auf, ehe es zu spät ist. Laßt euch nicht abschreden durch die Vertragsverbesserung, denn der Verband wird hierdurch nur leistungsfähiger gemacht.

Lugau. In letzter Zeit ist in unserer Verbandszeitung die Grube Pluto und Merkur in Gersdorf den anderen Beiden im hiesigen Revier gegenüber als Mustergrube vorgeführt worden. Diejenigen Kameraden, die Pluto als Musterbetrieb hinstellen, haben keine blaffe Ahnung von den wirklichen Arbeitsverhältnissen, die dort herrschen. Wir wollen deshalb heute nur einmal die Verhältnisse, wie sie über Tage herrschen, kritisch beleuchten. Von den großen Fortschritten und Verbesserungen der Technik ist auf Pluto über Tage nicht die geringste Spur zu finden. Auch in hygienischer Beziehung wird nichts unternommen, um den Arbeitern ihr Los erträglicher zu machen. Vor allen Dingen wollen wir uns die Umkleide- sowie Badeeinrichtungen einmal ansehen. Für die Tagesarbeiter sind leichtere Einrichtungen erst im vorigen Jahre erbaut worden und deshalb in einem besseren Zustande als wie diejenigen für die Grubenarbeiter. Trotzdem erfüllen sie den Zweck nicht, den sie erfüllen sollen. Erstens sind die Einrichtungen viel zu klein, denn die Hälfte der Tagesarbeiter geht noch ungeduscht nach Hause und zweitens muß der Umkleideraum bei nasser Witterung auch zum Kleiderkasten benutzt werden. Derselbe dient aber auch gleichzeitig, da kein anderer Aufenthaltsort vorhanden ist, als Frühstücksstube. Bei den Einrichtungen für die Tagesarbeiter sind wenigstens für die jugendlichen Arbeiter getrennte Räume vorhanden, wogegen bei den Einrichtungen der Grubenarbeiter noch der jeder Eitlichkeit hochnsprechende Zustand besteht, daß der 17jährige Sohn sich neben seinem Vater umkleiden beziehentlich baden muß. Auch diese Räume sind viel zu klein und besonders der Umkleideraum spottet jeder Beschreibung. Der acht Tage krank feiert, daß er auf seinen Kleibern eine Staubwolke von mehreren Millimetern, ein Verociß der „Reinlichkeit“, und daß es unter solchen Umständen nicht

Wahrung, Ruhrbergleute! Bierboykott!

Die von der Zentral-Bojkottkommission angebahnten Verhandlungen mit dem Bojkott-Schuhverband, welche am letzten Freitag stattfanden, sind resultatlos verlaufen. Dr. Kreuzbauer, der Vertreter der Brauereibesitzer, genierte sich nicht, die Aufhebung des Bojkotts zu verlangen gegen das Linsengericht: von den noch auf der Strafe liegenden 800 Brauereien ganze 70 wieder einzustellen, für welche noch Platz sei! Ein derartiges Angebot ist der reine Hohn, hat aber hoffentlich die Wirkung, daß unsere Kameraden mehr als bisher Solidarität üben und unter keinen Umständen boykottiertes Bier trinken. Im übrigen richtete sich jeder nach den örtlichen Bojkottleitungen. Folgende Brauereien sind nicht boykottiert:

Quellenbrauerei in Schüren, Gappenberg Brauerei, Dortmund Brauhaus und Stadt-Brauerei in Dortmund, Kaiser-Brauerei in Dellmünghausen, Bergmann's Brauerei in Rahm, Schumacher in Kirchlinde, Hermanns-Brauerei in Marten, Willems-Brauerei in Welsenkirchen, Jengerling in Wanne, Hülsmaun in Elkel, A. Fiege und M. Fiege in Bochum, Union-Brauerei und Spilleburg-Brauerei in Steele, Kupferdreier Brauereien, Kronen-Brauerei in Essen, Altendorf, Schloßbrauerei in Vorbeck, Brauerei Hempelmann in Wenden, Bürgerliches Brauhaus in Milheim-Muhr, Brauerei in Vocholt, Brauerei in Vottryp, sämtl. Brauereien in Dillmen, Coesfeld und Bidinghausen, Adler-Brauerei, Bürgerl. Brauhaus Lenzmann und Brauerei Sur in Hagen, Brauerei Schwerte. Zur Information der Wirte sei noch bemerkt, daß boykottiertes Bier auch durch die Bojkottkommissionen in Dortmund, Elberfeld u. Düsseldorf bezogen werden kann.

an Ungelehrer fehlt, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Es vergehen überhaupt nicht viel Arbeitstage, an denen nicht der Arbeiter einige Sprünge mit nach Hause nimmt. Diesen Auslastungsmaßstab genügt man sich, wäre die höchste Zeit. Und derartige Zustände nennt man auch noch „Wohlfahrtsleistungen“. Besonders schlecht gestellt sind die sogenannten Aufbereitungsarbeiter die täglich mit 2,50-3,00 Mark abgepeelt werden. Am beschwerlichsten ist das sogenannte Vorkaufslager. Andere Besen, wie Kaisergrube, Helene-schacht sowie auch mehrere kleinerer Werke besitzen große untermanierte Vorkaufslager, auf denen wieder hohe Brücken gebaut sind. Wenn auf diesen Brücken die Kohlen auf Vorrat gelagert werden, so werden die wahren Helden mittels Dampfheizung auf diese Brücken gehoben und können mit leichter Mühe entleert werden. Auf Winto muß jeder Vorkaufslager Kohle ausgekauft werden und zwar in die Höhe und Weite von vier bis sechs Meter geworfen werden. Mit einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand könnte dieser Schaufel ein Ende gemacht werden, jedoch wird in alter Weise fortgewirtschaftet. Ferner ist auf dem Werke nur ein einziger Dampfzug vorhanden, um die ganze Tagesförderung auszureichen zu erhalten. Die Betriebsleitung hat nur einen Sparplan, um am Jahresabschluss viel Reingewinn einzuheimsen zu können. Aber nicht bloß im Werk sparen, sondern auch im Leben der Arbeiter selbst ist es groß. Die Hälfte vom Reingewinn nur eines einzigen Jahres würde genügen, um wenigstens die größeren Mängel aus der Welt zu schaffen und den Arbeitern verschuldete Leistungen zu bieten. Zuletzt ist es noch die Kohlenindustrie, welche einer gründlichen Überarbeitung bedürftig wäre. Hier hat der Wind von allen Seiten freien Zutritt und müssen deshalb die Arbeiter im Winter halb erfrieren. Auch die Beleuchtung der Werke ist sehr mangelhaft. Besonders am Tage müssen die Augen sehr angegriffen werden, trotzdem hier nur grobe Arbeit zu verrichten ist. Auch diesem Uebelstande wäre leicht abzuhelfen. Es brauchen nur einige Dachfenster eingebaut zu werden und die Beleuchtungsfrage wäre gelöst. Ueberhaupt die ganze Wägenindustrie ist eine Überlebensschaukel. Auf den meisten Besen unseres Meisters sind längst des Lebensendes Ratten eingebaut, unter welche leere Hunde gestellt werden. In die einen werden die unretten Kohlen geworfen und in die andern die Steine. Erstere kommen von hier aus sofort in den Steindreher, die Derge dagegen sofort auf die Halbe. Auf Winto werden alle unretten Kohlen und auch die Steine längst des Lebensendes auf die Wägen geworfen und müssen am Beginn jeder Schicht noch einmal aufs Land geschaukelt werden. Die Steine müssen dann wieder in die Wägen geschaukelt werden, ehe sie ihrem eigentlichen Bestimmungsorte zugeführt werden können. An den Arbeitern liegt es nun, für die Beseitigung dieser Mängel und für Erzielung besserer Lohnverhältnisse zu arbeiten. Dieses ist nur möglich, wenn sie sich ihrer Organisation, dem deutschen Bergarbeiterverband, anschließen und dem Verein Unluststeuer Knappen den Rücken kehren.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gunzendorf. Welche Sorte Arbeitervertretung im „reichstreuem Verein“ zu Hause ist, lehrt am besten der Umstand, daß die Werksbeamten ordentlich auf die Jagd gehen um Mitglieder für den „Reichstreuem“ zu ergattern. Auf der Wenzelsgrube hielt es Herr Direktor Gätner extra für nötig, die Steiger aufzumuntern, doch in der zweiten Abteilung besser für den „Reichstreuem“ zu agitieren. Die Steiger gingen auch schnell auf die Jagd und verlegte sich sogar einer zu der Werbung, wer nicht bis da und dahin aus dem Verband trete und sich dem „Reichstreuem“ anschließen, würde entlassen. Auf diese Weise bekommt man hier „reichstreuem“ Bergleute. Wenn die Beamten zu viel freie Zeit haben, so möchten sie dieselbe nicht zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation verwenden sondern im Verglebe. Da gibt es noch mancherlei zu regeln. So muß besser gefordert werden, daß die Abführung vor Ort geregelter geschieht, indem man die Leute auf den Abschlag oder Lohn nicht lange warten läßt. Geschieht dies, dann kann sich Herr Gätner seine Aufregungen sparen und die Bergleute hören weniger Schimpfworte. Auch bei den Aufwältigungsarbeiten kann besser Obacht auf die Sicherheit der Leute gegeben werden, indem man keinen Arbeiter allein arbeiten läßt und der Schleppez anderwärts beschäftigt ist. Sollte die Jagd für den „Reichstreuem“, wofür auch wieder ein „Verglebe“ angelegt ist, so weiter gehen, dann müssen wir einmal recht gründlich in die Wenzelsgrube hineinkucken.

Laurahütte. Kein Jota besser als die Bergarbeiter haben es die Hüttenarbeiter, wie dies eine uns zugegangene Zuschrift bezeugt. Auch sie werden als Arbeitsbienen betrachtet, denen gegenüber man sich allerlei Kosenamen erlauben darf. Ausdrücke wie: Sie verfluchter Faulenzer, Schweinehund, Bolal sind bei einem Herrn gang und gäbe. Hat man sich jahrelang abgerackert und glaubt eine Pension erhalten zu können, so werden noch allerlei gymnastische Versuche gemacht, um die alten Knochen geschmeidig zu machen; dann heißt es, sie sind noch geschmeidig, sie können noch immer arbeiten. Ist der Arbeiter aber so ausgezehrt, daß eine Pensionierung erfolgen muß, dann wird er nach einem halben Jahr wiederum untersucht. Hat nun der Arbeiter während des halben Jahres sich erholt, so wird ihm die Pension entzogen und er kann in's alte Joch zurückkehren. Sich krankmeldende Arbeiter werden beim Einholen eines Krankenscheines vom Hüttenmeister S. gefragt, was ihnen fehle. Wird ihm die gewünschte Auskunft erteilt, dann beliebt er sich zu äußern, die Hauptsache ist, daß sie noch sch... können. Unzureichend ist, daß im Wabehaus für die ca. 800 Arbeiter betragende Belegschaft nur 8 Wraufen zur Verfügung stehen, Kleiderstände, überhaupt einen Aufbewahrungssaum gibt es gar nicht. Dieser Herr erteilt auch gerne Sommerurlaub. Erscheinen ihn acht Tage zu kurz, so dehnert er ihn auf einen Monat aus. Dieser Sommerurlaub ist leider ein unfeilwilliger und wird bei Vergehen subtrahiert. Die betroffenen Familien können dann den Schmachtkrieg nach ein Loch enger schnallen. Damit wären die Klagen noch nicht alle, denn hier kann man auch handgreiflich werden. Zeilte doch neulich der Hütteningenieur Sch. einem Arbeiter Ohren aus. Daß er einen Schlüssel in der Hand hatte, wird wohl nur Zufall gewesen sein. Ein Polizeibeamter, dem wohl die geschlagene Wade aufgefallen sein mag, erkundigte sich nach der Ursache und brachte dies zu Protokoll. Die Hüttenverwaltung, welche Wind von der Protokollierung erhielt, forderte den Arbeiter auf, die Klage zurückzunehmen, mibrigenfalls ihm die Papiere zuteil wurden. Der Arbeiter hätte dies gerne getan, denn was tut man nicht des lieben Brotes wegen, doch lag dies nicht mehr in seiner Macht. Die Polizei leitete das Strafverfahren ein und die Vernehmung des Ingenieurs sowie der Zeugen ist bereits erfolgt. Der Fall wird mühen vor Gericht seinen Abschluß finden.

Zaborze. Um das Kassieren der Beiträge zu erleichtern, bitte ich die Kameraden, jeden Monat nach dem 15. die Kuttungsblätter, wenn ihr in der Arbeit oder nicht zu Hause seid, euren Frauen nebst dem dazu gehörigen Geld zu überlassen. Es bringt unnütze Arbeit, wenn man ein Mitglied fünfmal besuchen soll, ohne das nötige zu erlangen. Ferner ersuche ich die Kameraden, die ich so selten zu Hause antreffen kann, sich doch auch einmal mit dem Beitragsgeld zu mir zu begeben. Die Kameraden, die mit ihrer Zahlung über zwei Monate im Rückstande bleiben und während dieser Zeit unsere Zeitung ruhig annehmen, aber dann einfach aus dem Verbands ausstreiten, ohne Zahlung zu leisten, wenn sie zum Bezahlen aufgefordert werden, sind nur Ausbeuter unserer

Zeit und Arbeit und somit auch Schädlinge an unseren gemeinsamen Interessen; deshalb bitten wir derartige Kameraden, wenn überhaupt noch solche unter uns sein sollten, die das oben erwähnte ebenfalls zu tun beabsichtigen, doch lieber gleich unseren Verband zu verlassen und uns damit auch Zeit und Arbeit zu ersparen, als dem Verbands ein unzulässiger Ballast zu sein.

Der Vertrauensmann.
Reuthen. Schon des öfteren wurde das Verhalten der obersteleischen Polizeibehörde in unserem Organ geschildert, muß aber, da man sich anscheinend an die Kritik nicht stört, immer wieder geschehen. So gehen in Reuthen, wo der Ortsbürgermeister gleichzeitig Amisvorsteher ist, Polizeisten angeblich mit einer Liste von unseren Verbandsmitgliedern von Haus zu Haus und fragen ob dort Mitglieder wohnen. Besonders tut sich der Polizeist Malonia hervor, der die Hausnr. auffordert, unsere Vertrauensmänner die Wohnung zu klüngen. Ist Herr Malonia etwa mehrfacher Hausbesitzer und braucht für seine Häuser Mieter oder wurde er von der Malonesischen Grundverwaltung dazu beauftragt ist, unsere Mitglieder zu beklüngen. Hauptsächlich wird die beim Landrat eingereichte Verzeichnis der erwünschten Erfolg zeitigen. Die Polizeisten sind nach unserer Ansicht so anders besser zu verwenden, liegt jedoch kein Bedürfnis vor, dann entlasse man sie. Unsere Mitglieder stehen unter keiner Vormundschaft, werden auch trotz Chikanen der Organisation nicht untreu, weil sie nur von dieser Befreiung aus der Annehmlichkeit erwarten können. Den meistenten Mühen rufen wir aber zu: Schließt die alte Angst und Dummheit ab, habt keine Angst vor Malonesen und seinem Trost, die können euch nichts tun und wenn jeder seine Pflicht tut, erst recht nicht.

Süddeutschland und Reichslande.

Oberhessen. Wie die Kameraden aus dem Verbandskalender erfahren, finden in der Zeit vom 22. Juni bis 9. Juli in unserm Meier eine Reihe von öffentlichen Versammlungen statt, in welchen Kamerad Husemann-Wochum referiert. Es muß Pflicht aller Kameraden sein, für guten Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Briefkasten.

Stiertrade, Nr. 100 S. R. Bewußt müssen die Gerichtskosten bezahlt werden oder es erfolgt eine Pfändung d. h. wenn was Pfändbares vorhanden. Eine Verfallnahme des Lohnes kann nur dann erfolgen, wenn derselbe 1500 Mk. im Jahr übersteigt.

Kontostiftung. 1. Stenogrammographie benennt man Lehmanns Stenogrammographie. 2. Am verbreitetsten ist die vereinfachte Stalze-Schrey Stenographie und die Gabelberger. 3. Für Rheinland und Westfalen wird wohl die Underwood-Schreibmaschine in Frage kommen. Beliebte ist auch Hebel.

100 Meier. Dem Kohlenbesitzer nicht angeschlossen sind: Alte Haase und Hohnungstal bei Sprochholz, Bergmann bei Witten, Freie Vogel bei Höbe, Gut Wlad und Wrangel, Hermann und Katharina.

Wriehausen, C. Sch. Die Annapfahstafel ist nicht verpflichtet. Die Klasse Wohlfahrt gibt nur Unterstützung, mag aber wohl auf ein Mitgliedsbuch auch Krankenhauspflege gewähren. Näheres erfrage im Reichsarchiv.

Garbe. Wir müssen genaue Angaben über die Unglücksursachen haben, nicht nur Vermutungen. Auch genügt nicht die Angabe der Verbandsnummern, sondern die Namen der Zeugen müssen genau angegeben werden. Unser Bezirksvertrauensmann hat die Pflicht, sich sorgfältig nach den Unfallurteilen zu erkundigen.

Verichtigung. Unter Alteneffen in Nr. 23 muß es am Schluß heißen: Jede Witwe 150 Mk., ausschließlich des Sterbegeldes von 60 Mark.

Wurmrevier. (Verichtigung.) In unserm Bericht in vor. Nummer muß es anstatt Stollberg, Moßberg und anstatt 1902 1802 heißen.

Verbandsnachrichten.

Wie aus dem Inseratenteil dieser Zeitung ersichtlich ist, sind die Verhandlungen des Bergarbeiterdelegiertentages für Preußen in Droschkefort erschienen. Der Preis stellt sich für Verbandsmitglieder auf 25 Pfg. pro Exemplar. Da die Auflage bald vergriffen sein wird, so ersuchen wir um möglichst schnelle Aufgabe der Bestellungen. Jedes Mitglied sollte sich in den Besitz dieser reichhaltigen Broschüre setzen.

Oberschlesien.

An die westfälischen Kameraden.
 In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß gemahregelte oder auch freiwillig abgehende Kameraden aus dem Ruhrrevier nach Oberschlesien gekommen sind. Ich warne die Kameraden davon, denn abgesehen davon, daß hier die Arbeitszeit zwei Stunden länger ist und der Lohn bedeutend niedriger, so nehmen die obersteleischen Bergverwaltungen nach dem Streik prinzipiell keine Bergleute aus Westfalen an. Verschiedene Kameraden die zugekommen sind, mußten bei den Maurern oder sonstwo Arbeit nehmen um sich nur noch über Wasser zu halten und Mühseliges zu verdienen. Besonders solche Kameraden, die behaupten, dort gemahregelt zu sein, ohne von der dortigen Ortsverwaltung oder vom Vorstande eine Bescheinigung darüber beizubringen, haben hier keinen Anspruch auf Gemahregelunterstützung. In letzter Zeit sind hier fünf solche Fälle vorgekommen, die dann beiderseitige Scherereien verursacht haben. Deshalb bitte ich besonders die Vertrauensleute, die abgehenden Kameraden darüber aufzuklären.

Josef Adamel, Bezirksvertrauensmann.

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage.

Sonntag, den 25. Juni 1905:
 (Zweiter Sonntag.)

Barop. Nachm. 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Eisenhuth, Groß-Barop. Berichterstattung von der Generalversammlung.

Berge-Vorbeck. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roth, Vorbeck. Berichterstattung von der Generalversammlung.

Carnay. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Georg Wolf.

Gerne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wichte in Altenberne.

Deufen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Witting.

Essen-Westfalia. Vormittags 11 Uhr, bei Heinz Müller (früher Arnold), Holzhauserstraße.

Hilferod. Mitgliedserversammlung: Wichtige Verbandsangelegenheiten.

Obing. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Demuth.

Sabinghorst. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fels, Bahnhof-Restaurant.

Saundam. Jeden Sonntag nach dem Vorkaufstag, von nachmittags 2 Uhr an, im Vereinslokale zum Wier.

Serne I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Domm.

Serne III. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. v. d. Heibstr.

Seren. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wandmann in Seren.

Silberp. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Köppen-Rastrop in Ober-Rastrop.

Solstedde. Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Friedrich Schod, vorm. Felle.

Rehelen. Jeden 4. Sonntag, nachm. 3 Uhr, im „Goldenen Panzer“.

Rindenhorst. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn H. Hagedorn.

Ränen-Nord. Morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale der Wwe. Erdelbraut, Linen, Paderstraße 27.

Rantebachschüle. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Lichter“ in Untermetzbach.

Rathausen-Welzen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wieneke in Welzen.

Reudorf. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Reisinger.

Ober-Rastrop. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Köppen-Rastrop.

Ober-Waldenburg. Vor und nach der Knappenvereins-Versammlung. Cappel 2 (Station). Näheres durch den Voten.

Rothenbach. Nachmittags 8 Uhr, in Schwarzwaldbau, bei Richter.

Rüttenfeld. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kruff, fr. Uldersheit.

Schmidhorst. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Altrich.

Wahl eines Vertrauensmannes.

Sprochholz. Vom 25. bis Ende jeden Monats werden die Beiträge durch den Zeitungsboten einkassiert.

Steele. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Dreier in Steele-Nord. Bred und Rügen der Knappenvereins. Referent zur Stelle.

Wieland-Friedrichsgrün. Abends 6 Uhr, im Baumann'schen Lokal Steiertag.

Wismdorf. Nachmittags 8 Uhr, im Räggen.

Wülfendorf. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant A. Jahn.

(Zweiter Sonntag.)

Alteneffen II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Breiter.

Auerbach. In Rostroch Gasthof.

Bergershausen-Rüttenfeld. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hager, Rüttenfeld.

Bergshof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Godel.

Wittermarkt. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn G. Seege.

Worbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roth.

Wredeneh. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Dfferbech, Waldschente. Vortrag des Kameraden Böpfler über: Wie betreiben wir praktische Agitation?

Wriehausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bernh. Kroll in Wriehausen.

Dahlhausen I. Nachm. 2 Uhr, im Lokale der Wwe. Steinbühler.

Dampfen II. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dempe-wolf, Landwehrstraße.

Essen. Vormittags 11 Uhr, in der „Worussia“.

Erde. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Siepmann, Auf den Pöthen.

Eppendorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Busmann.

Gröben. Nachmittags 4 Uhr, im Papschen Restaurant.

Hamborn. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Wallbaum.

Hamborn. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomass, Weidenschersstr.

Hattungen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Wwe. Sieger.

Herbede. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Halseband.

Hörsen II. Beim Wirt Ueberacker.

Hohwege. Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 6 Uhr.

Hothausen-Wörnig. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gg. Schulte, früher Rottmann.

Hoof 6. Rassel. Jeden letzten Sonntag, nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Landgräbe.

Hordel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Thiele-Wape in Hühlinghausen, am Markt.

Hortensien. Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale.

Kaltenhardt. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Biedschulte.

Kran. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Wünninghaus, Krug-Süd.

Kaer. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Hanefeld.

Berichterstattung von der Generalversammlung.

Linden. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Woll.

Lückenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Wwe. Wilh. Theile, Wellinghoferstraße.

Meura. Nachmittags 8 Uhr, im Gasthof Meurastein.

Niederdorf v. Stollberg. Jeden Sonntag nach dem 25., nachmittags 6 Uhr, im Gasthof „Rönlgrube“.

Niederborsfeld. Nachmittags 5 Uhr, beim Wirt Heinrich Disping in Valkhausen.

Oelschütz l. Erg. Jeden letzten Sonntag, nachmittags 6 Uhr, im Gasthof zum braunen Rößl.

Radinghausen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hugo Zimmermann.

Schneberg. In der „grünen Laube“.

Schneberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Embe.

Somborn. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Koch.

Sommerberg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Eisenberg.

Steele-Königsstele. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Althoff.

Stoppenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Offenberg. Berichterstattung von der Generalversammlung.

Stiertrade. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Hostenersstr.

Unterwiesbach. Jeden letzten Samstag, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Lichtenthal“.

Vornholz-Surabholz. Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Kreil (früher Wigenheimen) in Durchholz.

Wengern. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Aufermann.

Werden. Vormittags 11 Uhr, in der Guffasbürg.

Westerbode. Nachmittags 6 Uhr, beim Wirt Gottl. Vollmeier.

Weslich. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Engemann.

Wieder. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sommer.

Wismdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Dahmeim“.

Wilsau. Von 4-7 Uhr, im Restaurant „Dahmeim“.

Wisslau. Bei den Herren Heinz Meier und Paul Georgi.

Zwidau. Abends 7 Uhr, im „Brauereischlüssel“, Schloßstraße.

Es ist Pflicht aller Kameraden, in diesen Verbandsnachrichten zu erscheinen!

Gemeinsch. Zahlstellenversammlungen

Sonntag, den 25. Juni 1905:
Raterberg II und Stoppenberg II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Theob. Hermann, Nordstraße.

Sonntag, den 2. Juli 1905:
Buer, Grel, Kesse, Gladbeck, Drauf, Gork-Einscher u. Dattrop. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langenscheidt, Bismarck. Verlegetätigkeit von der Generalversammlung. Vortrag. Referent zur Stelle.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

finden statt:

Sonntag, den 25. Juni 1905:

- Sablenz, Cromlau und Weichwasser.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Doellers. Die Berggesetzgebung und der Landtag. Referent: Joh. Reimpeters, Bochum. Diskussion, Verschlebens.
- Suben.** Nachmittags 8 Uhr, im Lindengarten. Die Aufgaben der Gewerkschaft. Referent: Joh. Reimpeters, Bochum. Diskussion und Verschlebens.
- S. Stern.** Nachmittags 4 Uhr, im „Raisersaal“. Der Streik, die Bergesegnovelle und welche Lehren ziehen die Bergarbeiter daraus. Diskussion. Verschlebens.
- Serne.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ruffbaum. Die Bergesegnovelle. Was lehrt der Bergarbeiterstreik? Verschlebens.
- Schwarzwaldau.** Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn S. Griefe, Schauffstraße. Die Berggesetzgebung in Preußen.

In Oberbayern:

Samstag, den 24. Juni:

- Miesbach.** Vormittags 10 Uhr, im Wabere-Restaurant. Tages-Ordnung:
1. Wie können die Bergarbeiter ihre wirtschaftliche Lage verbessern?
2. Hausdam. Nachmittags 8 Uhr, im Saale des Herrn May.
- Sonntag, den 25. Juni:**
- Penyberg.** Nachm. 8 Uhr, im Saale des Restaurants „Gild-Club“.
- Donnerstag, den 29. Juni:**
- Reichenberg-Unterpeichenberg.** Nachmittags 8 Uhr, im Saale des „Berntreber Hofes“.
- Tages-Ordnung:**
Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die nächsten Aufgaben des Bergarbeiter-Verbandes.
- Sonntag, den 2. Juli:**
- Reichenberg-Setten.** Nachmittags 4 Uhr, im Verbandslokale.
- Sonntag, den 9. Juli:**
- Reichshaus.** Vormittags 10 Uhr, im Bierhauk. Tages-Ordnung:
Die Berggesetzgebung in Deutschland und die Bergarbeiter.
- Wendmühle.** Nachmittags 8 Uhr, im Gasthaus der Frau Nagel. Tages-Ordnung:
Warum müssen die Bergarbeiter sich organisieren.
Referent in allen Versammlungen Kamerad Fr. Husemann, Bochum.
Kameraden, erscheint zahlreich und pünktlich in diesen Versammlungen!

Konsumverein für Bochum und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die zweite ordentliche

Generalversammlung

findet **Sonntag, den 2. Juli 1905, nachmittags 4 Uhr**, im Lokale des Bergarbeiter-Verbandes in Bochum, Wemelschauerstraße 42, Hof rechts, statt.

Tagesordnung: 1. Rassen- und Geschäftsbericht. 2. Erwählung des Aufsichtsrates und Vorstandes. 3. Entschädigungen für die Verwaltung. 4. Entwürfe von Mitgliedern.
Aus dem Aufsichtsrat scheiden aus die Genossen Dohle-Bochum, Schnelber-Gamme und Kiel-Mienbochum.
Aus dem Vorstand scheidet aus Genosse Paul Horn.
Entwürfe von Mitgliedern müssen, wenn sie mit zur Verhandlung kommen sollen, mindestens vier Tage vor der Generalversammlung bei dem Unterzeichneten eingehen.
Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedskarte nebst Mitgliedsbuch mitzubringen. Nur wer sich als Mitglied ausweisen kann, hat Zutritt.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Bochum und Umgegend.
E. G. m. b. H.
H. Sasse, Vorsitzender.

Knappenverein „Gute Hoffnung“ zu Ramen.

Sonntag, den 25. Juni 1905:

29. Stiftungs-Fest

in den Lokaltäten des Herrn Otto Hesselmann.

PROGRAMM.

Vormittags 11¹/₂ Uhr: Antreten des Vereins zum Abholen der Fahnen mit darauffolgendem Festzug durch die geschmückten Straßen der Stadt. Nachm. von 8¹/₂ - 7 Uhr: Konzert; um 7 Uhr: Wegbringen der Fahnen. Abends 8 Uhr: Beginn des großen Fest-Balles.
Die Musik wird von der Mainwald'schen Kapelle ausgeführt.
Zu diesem Fest werden die Verbandskameraden herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Zahlstelle Marten.

Sonntag, den 25. Juni 1905, nachmittags 8¹/₂ Uhr anfangend, im Lokale des Herrn Kortmann zu Marten:

Geschlossenes Zahlstellenfest

bestehend in **Konzert, Gesangsvorträgen und Ball.**
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Das Festkomitee.

Zahlstelle Gidel.

Sonntag, den 25. Juni, im Lokale des Herrn Gomburg, Wanne:

Geschlossenes Zahlstellen-Fest.

Einführungen durch Mitglieder gestattet.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Balles 8 Uhr. — Karte 50 Pfg.
Mitglieder legitimieren sich durch Mitgliedsbuch.
Das Festkomitee.

In unserem Verlage erschienen und ist durch die Zeitungsboten und Vertrauensmänner zu beziehen:

Neue Lieder

Gedichte

von

Heinr. Rämpchen

Mit einem Porträt des Verfassers.
Cadenpreis 1 Mark.

Die Mitglieder des Vorbandes erhalten dieses schön ausgestattete Buch für den Vorzugspreis von **75 Pfg.** Jedem Besitzer des Werkes „Aus Schacht und Hütte“ werden diese neuen Lieder unseres bekannten Bergmannsdichters willkommen sein. Mögen zu den alten Lesern sich recht viele neue hinzugesellen, sodaß unser Dichter recht bald eine dritte Sammlung folgen lassen kann.

Verlag der Bergarbeiter-Zeitung.

Schwarzwaldau.

Den Kameraden zur Nachricht, daß ich meine Wohnung nach **Schwarzwaldau Nr. 143** in das Haus des Herrn E. Meier verlegt und bringe gleichzeitig mein

Cabak-, Zigarren- und Flaschenbier-Geschäft

in empfehlende Erinnerung.
Heinrich Bur,
Vertrauensmann und Votz der „Bergarbeiter-Zeitung“.

Königsborn.

Die Beleidigung, die ich gegen den Bergmann Heinrich Osthaus und die Ehefrau Selma Ewers ausgesprochen habe, nehme ich als unmaß zurück.
284 Ehefrau Selma Schänzer.

Dortmund und Umgegend.

Empfehle mich den Kameraden für sämtliche

Fahren aller Art

und bitte bei Bedarf um Unterstützung. Bedienung schnell und billig.
Dortmund, Fliederstraße 10.
Friedrich Lüne,
langjähriges Mitglied.

Umsonst u. portofrei

vers. unv. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik etc.



versenden wir **franko**
Kaserner Nr. 10 in Silber- stahl fein hochgeschl. fert. z. Geb. Nr. 2. Kaserner Nr. 15 enthaltend: Kaserner Nr. 10, Nadelbeden, Pinsel, Pasta, Seife und Streichriemen Nr. 4. — Garmaische „Familienschuh“ (Neub.) m. 3 Aufschiebekämmen für 3, 7 u. 10 mm schneid. p. St. Nr. 3, 50. Stahlerweiterer Nr. 1. „Famos“ Nr. 2, 50. Verlebung ummöglich.
Otto Geigls & Co.
Grulden b. Solingen 51.
Bestes Fabrikverandhaus a. Wf.

1 Probemesser umsonst

geben jedem, der unsere Ware nach nicht kennt und gewillt ist, bei guter Lieferung bei uns zu kaufen. Sendes für Unkosten, Porto etc. 35 Pfg. pr. Postanweisung ein, so erhalten Sie ein elegantes Probemesser mit 2 prima Klappen umsonst und frei. Zur Verteilung an Freunde und Bekannte stehen Probemesser in beliebiger Anzahl zu 35 Pfg. pr. Stück zur Verfügung. — Unseren reichhaltigen Katalog über Stahlwaren, Waffen, Werkzeug, Leder-, Gold- und Musikwaren etc. — senden jedem auf Wunsch gratis. —
Saam & Co., Foote 170 bei Solingen.

Verkaufe:

Getragene Herren-Joppen u. Rod-Anzüge, Damenkleider, Sackos, Blusen, Hauskleider, einzelne Hosen, Schuhe, Wäsche, Decken und Herde.

Frau Maria Albers,
Dortmund, Gänsemarkt 11.

Gummi-Waren

hygienische jed. Art, viele Neuheiten. Concurrerlos billige Preise. Grosser illustr. Katalog gratis u. franko.
Josef Maas & Co.
Berlin 59 Oranienstr. 108.
Größtes Haus d. Branche.



Totenkopf-Ring m. Smitt-Brill. Silber o. Gold, 1,25 oder Cop-Nubin verg. Kopf 1,75 Gold 4,25
Silb. Turm- u. Wädherr-Ringe St. 1,50, Gold-Ringe 2,50 von 1,20 an. Reich illust. Preisliste über: Uhren, Ketten, Gold- und Silberwaren etc. gratis u. franko. Uhrmacher und Wiederverkäufer verl. Engros-Katalog. Werf. nur gegen Nachn. oder vorher. Einzahlung. Porto und Verpackung extra. Umtausch gestattet. 30
Hugo Pincus, Hannover 30

Köstlich

im Geschmack und Aroma ist unser feinst präparierter goldgelber

Tafel-Honig

in prakt. Emaille-Eimern v. hr.

zehn Pfund

ab Magdeburg gegen Nachn. für

3 Mk. 50 Pfg.

Bernhardt & Co., Magdeburg 91.

Kluge Frauen

n. nicht verjümen, sich unentgeltliche Aufklärung über meine bisher unerreichbare Hygien. Erfindung (3. Verminderung häusl. Sorgen) kommen zu lassen, worauf ich gr. gold. Preismedaille, Ehrendiplom u. Ehrenkreuz, f. d. deutsch. u. engl. Patentamt geschützt erhalten habe. Stück, jahrel. brauchbar, 2 Mk. Die Prämierungen summe hunderte Anerkennungs-Schreiben liegen bei mir zur Einsicht aus.
G. Engelhardt, Berlin N. 20,
Bergstraße 80. 18

Knappen-Unterstützungsverein „Einigkeit“ Baal.

Sonntag, den 25. Juni, mittags 1 Uhr: Abmarsch nach Borsfeld.
Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr: Abmarsch nach Bredensfeld.
Sonntag, den 16. Juli, mittags 1 Uhr: Abmarsch nach Kupferdell.
Antreten im Vereinslokal. 237
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zahlstelle Ramen II.

Sonntag, den 2. Juli 1905, nachmittags 8¹/₂ Uhr, in den Lokaltäten des Herrn O. Hesselmann:

Erstes Zahlstellen-Fest

bestehend in **Konzert und Ball.**
Entree für Mitglieder 50 Pfg., für Nichtmitglieder 1 Mt.
Mitgliedsbuch legitimiert. 236
Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Zahlstelle Grumme.

Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr anfangend, im Lokale des Herrn O. W. G. G. in Grumme:

Zahlstellenfest

bestehend in **Gartenkonzert, Gesangsvorträgen und Ball,** unter Mitwirkung mehrerer Zahlstellen.
Entree für Mitglieder 30 Pfg., Nichtmitglieder 50 Pfg. Damen frei.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Das Festkomitee. 238

Für die Frau

von **Emma Rosenthin**, frühere Gebärme (Goldene Medaille, Ehrendiplom, 13 Patente, Deutsches Reichspatent, Tausende Dankschreiben). Zusendung gratis u. franko!

Mosenthins Versandhaus

Berlin S. 17, Sehaftanstr. 48.

Saarabien vor Gericht!

Bericht über den Prozess Hilger gegen Krämer (Verbandsmitglied) nach stenograph. Aufzeichnungen.

Der Bericht über den sensationellen Prozeß der saarabischen Herrscher gegen unseren Kameraden Krämer umfasst ein stattliches Buch von 181 Seiten. Es ist ein höchst wichtiges zeitgeschichtliches Dokument der vielgerühmten „Bergarbeitervereinfreiheit“, das sich jeder Bergmann, der nach Aufklärung strebt, anschaffen mußte. Dem Prozeßbericht geht eine „Einleitung“ voraus, in der die Entstehung und politische Bedeutung der saarabischen Zustände geschildert wird. Rein Bergmann darf die Anschaffung dieses Buches verweigern, denn es enthält unvergleichlich wertvolles aufklärendes Material. Der Ladenpreis ist 50 Pfennig. Dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist es durch Abschluß einer Massenlieferung abzu gelangen, von dem Verlag (Buchhandlung Vorwärts, Berlin) einen Vorzugspreis zu erhalten, in folgendermaßen kostet das Buch, von unsern Vertrauensleuten bezogen, für die **Verbandsmitglieder nur 20 Pfg.** Dieser Preis ist außerordentlich billig, deshalb kann sich jedes Mitglied „Saarabien vor Gericht“ anschaffen. Die Bestellungen bitten wir sofort an unsere Vertrauensleute (Ortsverwaltungen) zu richten, nur Mitglieder genießen den Vorzugspreis von 20 Pfg.
Verbandsmitglieder, bestellt alle das hochwichtige Buch, es ist un-gemein belehrend und enthält wertvolles Agitationsmaterial.

30 Tage zur Probe

versenden wir, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte unserer Waren zu überzeugen, unser **Silberstahl-Kasernermesser No. 80** — fein hochgeschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Eis, pro Stück 1,50 unter fünfjähriger Garantie. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen 30 Tagen ein- oder das Messer zurückzusenden. Also kein Risiko! Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme.



Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltsgüterartikel sowie viele Neuheiten.
Gebr. Wolfartz, Stahlwarenfabrik, Wald b. Solingen No. 83

Was rauchen Sie am liebsten??

Selbstredend

„Kiepenkerl“

rot 1/4 Pfd. 20 Pfg. — blau 1/4 Pfd. 25 Pfg.

VON

Oldenkott-Rees.

Überall käuflich. Überall käuflich.

Berlin C 232. Curt Göpel

Stralauerstrasse 30
Fabrik-Lager und Versand von Uhren und Goldwaren versendet gegen Nachnahme gutgehend, reell und billig: **Nickel-Sonnen-Weinmouir-Uhr** (32 Nubing) 5,— u. 7,— Mt. **Echt silberne Herren- oder Damen-Uhr** . . . 8,50 „ **Echt silberne Damen-Uhr, g. vergold. reig. Uhr** . . . 12,— „ **Echt goldene Damen-Uhr, entzückend schön** . . . 16,— „ **Garantie 3 Jahre.** Eigener, reich illust. Katalog über Uhren, Ketten und Goldwaren kostenlos. Einzig Dankschreiben und Nachbestellung-Umtausch bereitwillig, oder Geld zurück. Wiederverkäufer Rabatt.